

Redaktion: ...
Dro: ...
An die Kreis...
Tages: ...
Redaktions...
Postfachamt: 57544.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Inserat werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

3. Jahrgang.

Samstag, 1. Dezember 1923.

№. 281.

Bezugs-Bedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich K. 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich 1600

„Reinigung“.

Eine schwärende Wunde hat der sozialdemokratische Abgeordnete Grünzner am Donnerstag in der Budgetdebatte aufgezeigt. Das ist die seit dem Umsturz bis in die letzten Tage hinein systematisch betriebene Verdrängung von Arbeitern und Angestellten deutscher Nationalität. Genosse Grünzner hat in seiner eindringlichen Rede aus dem Schuldbuche des tschechischen Chauvinismus das Leidenskapitel der Eisenbahnbediensteten zur Sprache gebracht. Es ist dies sicher das traurigste, aber damit ist die Aufzählung der seit fünf Jahren ununterbrochen ins Werk gesetzten Anschläge gegen Arbeiter und Angestellte nicht-tschechischer Nationalität noch lange nicht erschöpft. Auch die übrigen Staatsangestellten, nicht nur jene der höheren Kategorien, mußten, insofern es sich um Deutsche handelte, Zurücksetzungen gefallen lassen und wurden in vielen Fällen aus ihrer Existenz verdrängt. Nur nationalsozialistische Voreingenommenheit und bössartige Enstiefelungssucht wird behaupten können, daß sich die deutschen Sozialdemokraten von nationalistischen Erwägungen leiten lassen, da sie wegen der Verdrängung des deutschen Arbeiter- und Angestelltenelements gegen die Machthaber im Staate vor dem Forum der Öffentlichkeit die Anklage erheben. Aber das System, das sich auch auf die Privatindustrie, auf Privatangestellte und nicht staatlich angestellte Arbeiter erstreckt, ist soweit gediehen, daß seine hemmungslose Fortführung zu einer Lebensfrage für die deutsche Arbeiterschaft in diesem Staate geworden ist. Auch ist es nicht nur geeignet, den Nationalismus in die Reihen der deutschen Arbeiterschaft zu tragen, sondern auch zwischen die deutsche und tschechische Arbeiterschaft den Keil noch tiefer zu treiben, als es deren verschiedene politische Einstellung bisher tat. Zu schweigen wäre daher eine Verständigung an der Arbeiterschaft.

Abgeordneter Grünzner hat in seiner Rede ein Rundschreiben des tschechischen nationalsozialistischen Abgeordneten und Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Herrn Burival, zur Verlesung gebracht, das geradezu ein historisches Dokument für dieses gegen die deutschen Eisenbahnangestellten gerichteten Systems bildet. Das Rundschreiben ist an die Ortsgruppen der nationalsozialistischen Eisenbahnerorganisationen gerichtet und es zeigt, daß die Denunziation deutscher Eisenbahner und die Einschränkung tschechischer Abgeordneter und Körperschaften aus Eisenbahnministerium und die vorgehenden Behörden zum Zwecke der Tschechisierung aller Stationen geradezu geschäftsmäßig betrieben wird. Der Herr Burival nennt sein und seiner Gesinnungsgenossen Vorgehen eine „Reinigungsaktion“, und mit einer Schamlosigkeit ohne Gleichen erzählt er in dem Rundschreiben, welche Mühe er sich gibt, deutsche und magyarische Bedienstete aus ihrem Dienstorte — es handelt sich in diesem Falle um bolsch. Leichen — zu verdrängen. Da seine ersten denunziatorischen Bemühungen nicht gleich von vollem Erfolge gekrönt waren, habe er seine Bemühungen fortgesetzt und zuletzt durch persönliche Intervention im Eisenbahnministerium dahin gewirkt, daß die Angelegenheit neuerdings zum Gegenstand gründlicher Verhandlungen gemacht werde. Für Burival sind sämtliche nicht-tschechischen Eisenbahner von vorneherein „Hochverräter“, er denunziert sie als solche ihren Vorgesetzten, wobei er es gewiß nicht nötig hat, erst Beweise für seine Angebereien zu erbringen. Er versichert, die „Reinigungsaktion“ sei „notwendig“ und es müsse ihr „volle Aufmerksamkeit“ zugewendet werden, wobei er an die wertvolle Mit Hilfe aller Ortsgruppen der nationalsozialistischen Eisenbahnerorganisationen appelliert. Dem Burival genügt als die von Staatswegen mit allem Eifer betriebene Drangsalierungspolitik gegen die nicht-tschechischen Eisenbahner nicht, er eifert die Regierung und

Das Marx-Kabinett komplett.

Unter Beteiligung des Zentrum, der Demokraten, der Deutschen und Bayerischen Volkspartei. — Vorläufige zentrale Haltung der Sozialdemokraten.

Berlin, 30. November. (Eigenbericht.) Das Zustandekommen des Kabinetts Marx-Stresemann ist gesichert, nachdem es während des ganzen heutigen Tages infolge des schwankenden Verhaltens der bürgerlichen Parteien mehrfach gefährdet schien. Das Kabinett wird sich demnach aus folgenden Persönlichkeiten zusammensetzen:

Marx (Zentrum) Reichkanzler; Jarres (Deutsche Volkspartei) Innen- und Vizekanzler; Stresemann (Volkspartei) Außen- und Geheimer (Demokrat) Reichswehr; Brauns (Zentrum) Arbeitsminister; Döller (Zentrum) Postminister und besetzte Gebiete; Emminger (Bayerische Volkspartei) Justiz; Luther (Der Volkspartei) nächstehend) Finanzen; Oeser (Demokrat) Verkehr; Ranig (Volkspartei) Ernährung; Damm (Demokrat) Wirtschaft. Vorläufig unbesetzt bleibt das Wiederaufbauministerium. Das neue Kabinett wird sich wahrscheinlich Dienstag dem Reichstage vorstellen, die Entscheidung über die abgegebene Programm-erklärung dürfte erst Donnerstag fallen.

Die sozialdemokratische Fraktion hielt heute eine Sitzung ab. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Stellung der Partei zur neuen Regierung wird von ihrer programmatischen Erklärung und von ihrer Politik abhängen. Es ist anzunehmen, daß sich die Mehrheit der Fraktion für die Neutralität gegenüber dem Kabinett Marx entscheiden wird, so daß bei sozialdemokratischer Stimmenthaltung sich eine Mehrheit der Abstimmenden im Reichstage für Marx ergeben würde. Diese vorläufige Stellungnahme der Fraktion dürfte wesentlich von der Erziehung beeinflusst werden, daß eine Ablehnung der neuen Regierung durch die Sozialdemokratie die Auflösung des Reichstages zur Folge haben würde, daß aber Neuwahlen bei den augenblicklichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen schwer durchführbar wären und die Gefahr des Bürgerkrieges und der Militärdiktatur heraufbeschwören würde.

„Teilweiser Stillstand“ der Notepresse.

Täglich nur ein paar Trillionen . . .

Berlin, 30. November. Wie das „Acht-Uhr-Abendblatt“ meldet, ist heute zum erstenmal ein teilweiser Stillstand der Notepresse eingetreten und ein großer Teil der für die Reichsbank arbeitenden Privatdruckereien ist heute aus der Banknotenproduktion ausgeschieden. Spätestens Ende der kommenden Woche wird eine vollkommene Stilllegung der Notepresse in Aussicht gestellt. Bei der gegenwärtigen Verfassung von Papiergeld handelt es sich noch um das sogenannte Ausdrucken, also um die Erledigung der noch vorliegenden Aufträge, die freilich für jeden Tag noch einige Trillionen ausmachen. Diese hohen Ziffern werden durch die großen Hundertmillionen-Scheine bedingt. Die Vermehrung aber dürfte durch die fortgesetzte Ausgabe der Rentenmark wieder weitgemacht werden, da täglich viele Millionen Rentenmark in den Verkehr gelangen und ungeheure Papiergeldmassen in die Reichsbank zurückfließen. Die Beamten der Reichsbehörden sollen morgen bis zu 50 Prozent ihres Gehaltes in Rentenmark ausbezahlt erhalten.

Kleine Verabingung der Lebensmittel.

Ein kilo Butter um 5,4 Millionen.

Berlin, 30. November. Auf dem Berliner Lebensmittelmarkt griff heute für viele Waren eine gewisse Preislenkung Platz, die durchschnittlich 25 Prozent beträgt. Selbst Butter begann wieder sichtbar zu werden und kostete 5,4 Millionen das Kilogramm.

Noch zwei Sachverständigenauschüsse.

Paris, 30. November. Die Reparationskommission hat am Freitag nachmittags einstimmig die von der französischen Delegation vorgelegte Entscheidung angenommen. Gemäß Art. 234 des Versailler Vertrages, demzufolge die Finanzquellen und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands studiert werden sollen, hat die Reparationskommission, nachdem sie den deutschen Delegierten ermöglicht hatte, gehört zu werden, beschlossene zwei den alliierten und assoziierten Ländern angehörende Expertenkomitees zu bilden. Dem einen obliegt es, die Mittel zur Ausgleichung des deutschen Budgets und die Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung zu untersuchen. Das zweite Komitee soll jene Mittel ausfindig machen, die es ermöglichen würden, die aus Deutschland ausgeführten Kapitalien abzuschätzen und deren Rückkehr zu bewirken.

Die Miliierten unter sich.

Wie bringt man die Sachverständigenkommission um?

Paris, 30. November. (Eig. B. B.) Der offiziellen Sitzung der Reparationskommission, die heute um 3 Uhr stattfand und in der nach dem „Matin“ einzig und allein die Frage der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses zur Abschätzung der deutschen Zahlungsfähigkeit besprochen wird, wird nach dem „Echo de Paris“ heute vormittag zwischen Barthou und Bradburn eine Besprechung vorausgehen. Wenn danach ein Kompromiß möglich erscheint, werde man französischerseits Anstrengungen machen, die beiderseitigen Thezen miteinander auszugleichen; eine entsprechende Formel scheint französischerseits bereits vorbereitet zu sein. Man wird einfach die Ernennung eines Sachverständigenausschusses feststellen und nicht mehr auf die Beschränkungen seiner Kompetenzen auf Grund des Versailler Vertrages zurückkommen, d. h. man wird ein stillschweigendes Abereinkommen über die Vollmacht des Sachverständigenausschusses als gegeben annehmen. Wenn aber heute vormittag ein Kompromiß nicht als durchführbar angesehen werden sollte, so werde man die Debatte vertagen.

Ein deutsch-französischer Spionagefall.

Berlin, 30. November. (Eigenbericht.) Wegen der Verhaftung des französischen Hauptmanns d'Armont, eines Militärattachés beim französischen Generalkonsulat in Basel, ist es zu einem ersten Konflikt zwischen der französischen und der deutschen Regierung gekommen. Deutschland behauptet, daß der Hauptmann Spionage getrieben habe und daß er auf deutschem Boden an der französischen Grenze verhaftet worden sei. Frankreich dagegen sagt, daß er in der Schweiz festgenommen und mit Gewalt nach Deutschland verschleppt worden sei. Aus dieser Sache hat sich ein Notenwechsel entwickelt und die französische Regierung hat trotz des deutschen Protestes bereits Repressalien ergriffen, indem sie den Baselderger Landgerichtspräsidenten als Geiseln verhaften ließ.

Strafe muß sein!

Paris, 30. November. (Savas.) Die Votiskonferenz wird die deutsche Regierung aufzufordern, sich formell bei der Kontrollkommission in Berlin wegen der Mißhandlung der Mitglieder der Kommission in Leipzig zu entschuldigen. Der englische Delegierte hat seine volle Zustimmung zu dieser Forderung kundgegeben.

Breihfreiheit nach deutschem Muster.

Wien, 30. November. (Wolff.) Die „Alliische Zeitung“ veröffentlicht an der Spitze ihrer heutigen Abendausgabe eine Mitteilung, laut der sie auf Verfügung der interalliierten Rheinlandkommission ihr Erscheinen vorläufig einstellen muß.

die vorgelegten Amtstellen auch noch an, bringt das Denunzieren in ein System und organisiert es — alles um der „Reinigung“ willen — in großzügigster Weise.

„Reinigung“! Welch eine infame Bezeichnung für das noch infamere Treiben, dessen Opfer arme Arbeiter und Angestellte sind, die oft seit Jahrzehnten willig und tabellos ihren Dienst versehen und denen kein anderes Verbrechen zur Last gelegt werden kann, als daß sie ihrer Abstammung und Muttersprache nach nicht zum tschechischen Volke gehören! Reinigung, das heißt, arme deutsche Familienväter verdrängen, oder, was oft gleichbedeutend ist: ihnen durch ihre Verletzung aus dem bisherigen Dienstorte, sowie durch Zurücksetzungen die Lust zum Verbleiben im Dienste so zu vereiteln, daß sie vorziehen, freiwillig der „Reinigungsaktion“ ihre Existenz zum Opfer zu bringen. Zuerst waren die Strahentafeln und die Denkmäler, welche an den „Reinigungs“-Willen der Machthaber glauben mußten, dann tausende deutscher Schulklassen, und jetzt — wie schon seit langem — sind es die deutschen Arbeiter und Angestellten. Es gibt in manchen Grenzstationen, deren Bevölkerung früher der großen Mehrheit nach deutscher Nationalität war, fast keinen einzigen deutschen Eisenbahner mehr. So hat Grubbach-Schönau auch heute

noch der großen Mehrheit nach deutsche Bevölkerung, aber die in der Station angestellten deutschen Eisenbahner kann man an den Fingern einer Hand abzählen, wobei noch einige Finger übrig bleiben. Die Stadt Znaim ist durch Massenentlassungen und Verlegungen von deutschen Eisenbahnbediensteten tschechisiert worden. In Lundenburg gibt es nurmehr ein paar weiße Häfen und die Alpenpostisten. Ähnlich ist es in anderen an oder in der Nähe der Grenze gelegenen Stationen. Überall hat die „Reinigungsaktion“ hunderte deutscher Eisenbahner um ihr Brot gebracht, sie und ihre Familien von der heimlichen Scholle verdrängt. Die in den letzten Jahren erfolgte Verstaatlichung dreier Privatbahnen waren die Handhabe zur Entlassung von Tausenden deutscher Arbeiter und Bediensteter, obwohl diese Bahnen fast durchwegs im geschlossenen deutschen Sprachgebiet liegen. Als Mittel zu diesen fortgesetzten Akten auf die Existenz zahlloser Arbeiterfamilien dienen die Bestimmungen über die Erlernung der tschechischen Dienstsprache, deren Anwendung oft so einfachlos erfolgt, daß selbst Oberbauarbeiter ihrer Arbeit verlustig erklärt, weil sie keine genügende Kenntnis der Dienstsprache aufweisen, obwohl diese Arbeiter mit dem reisenden Publikum nicht in den entferntesten Verkehr treten.

Es wird noch gezeigt werden, daß nicht nur die deutschen Eisenbahner das Opfer dieses Systems sind. Man braucht sich nur die Art anzusehen, wie die Gelber des Investitionsanlehens verwendet werden: nur etwa drei Prozent sind für Bauten in deutschen Gebieten bestimmt! So geht es bei der Vergabe aller staatlichen Lieferungen und aller Stellen. Es soll nicht ermanget werden, das System in allen seinen Verzweigungen aufzuzeigen. Es kann und darf nicht geschwiegen werden. Der allen Gerechtigkeitsgefühlen bare Chauvinismus benagt und zerstört die Lebensmöglichkeit der deutschen arbeitenden Menschen an seiner Wurzel. Das ist nicht allein eine Sache der deutschen Arbeiterschaft. Wenn die tschechische Sozialdemokratie je eine besondere Pflicht der Internationalität hatte, so hier, wo sie den Weg der Verständigung mit ihr nicht verließen darf. Deutsche und tschechische Kapitalisten haben sich im Staate trotz aller nationalen Gegenätze gefunden, der Nationalismus steht ihrem beiderseitigen Wohlergehen nicht im Wege. Es wäre ein trauriges Zeichen für die sozialistische Arbeiterschaft, wenn es ihr nicht gelänge, zu verhindern, daß die deutschen Proletarier allein die Opfer des herrschenden Chauvinismus werden!

Frankreich hält den bayrischen Separatismus aus?

Paris, 30. November. In der heutigen Sitzung der Kammer wurde die Verhandlung der Interpellationen über die Außenpolitik fortgesetzt. Als erster Redner sprach Marcel Cachin, der die Ruhrbesetzung einer scharfen Kritik unterzog und besonders betonte, daß seither die Kosten für den Lebensunterhalt stetig gestiegen seien. Der kommunistische Abgeordnete kritisiert weiters die Regierungspolitik betreffend die separatistische Bewegung im Rheinland. Unter lebhaften Protestrufen der Mitte und der Rechten behauptet er, daß durch die Besetzung der Rheinlandgebiete in Deutschland nur gestärkt worden sei. Schließlich verliest Cachin mehrere Zeitungsartikel, die beweisen, daß hohe französische Funktionäre, darunter General Mangin, die bayrische Nationalistenpartei unterstützt hätten. Auf die Bemerkung des Redners, er erwarte vom Ministerpräsidenten ein Dementi, entgegnet Poincaré, daß dies bereits geschehen sei (?). Das vorgebrachte Material, sagte Poincaré, sei nur ein Beweis dafür, daß das Augenmerk um eine Unterstützung angegangen wurde. Uebrigens (!) falle diese Angelegenheit in das Jahr 1920, also vor die Ministerpräsidentenschaft Poincarés.

Sodann kommt es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Anhängern der Rechten und der Sozialisten gegen die Ausführungen des Kommunisten Lafont, der die auswärtige Politik der Regierung scharf kritisiert und zahlreiche Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und England unterstreicht. Lafont wundert sich, daß die Rückkehr des Kronprinzen eine so große Erregung verursacht habe, während die Rückkehr Rupprechts keinen Protest zur Folge gehabt habe, wiewohl derselbe auch auf der Liste der Schuldigen stehe.

Kriegsbeute der Slener.

Berlin, 30. November. (Wolff.) Am 23. d. haben die Franzosen der Druckerei von Crüwell in Dortmund 54.600 Millionen und der von Marks in Mülheim 70.000 Millionen Mark Reichsbanknoten fortgenommen. Die Gesamtsumme des von den Besatzungsmächten bisher requirierten Reichsbankgeldes beträgt weit über eine halbe Trillion.

Duisburg von den Separatisten befreit.

Duisburg, 30. November. (Wolff.) Die Separatisten wurden heute von belgischen Gendarmen entwaffnet. Damit hat die Separatistenherrschaft in Duisburg ihr Ende gefunden.

Einigung in der Wiener Metallindustrie

Ein voller Erfolg der Organisierten. Wien, 30. November. (Eigenbericht.) Nach langwierigen Verhandlungen ist heute eine Vereinbarung zwischen den Metallarbeitern und den Industriellen zustande gekommen. Die Vereinbarung erfüllt die Forderungen, die die Metallarbeiter in ihrem Ultimatum gestellt hatten, zu 95 Prozent. Im Wesentlichen wird der Forderung nach Erhöhung der Minimallöhne und nach einer generellen Lohnerhöhung restlos zugestimmt. Die generelle Lohnerhöhung beträgt durchschnittlich 6 Prozent, die Grundlöhne, die bisher 59 bis 62 Kronen betragen, werden jetzt auf 65 bis 100 Kronen erhöht. Dieser Vertrag ist ein Provisorium, das vierechttägig gekündigt werden kann, welche Bestimmung auf Verlangen der Metallarbeiter in die Vereinbarung aufgenommen wurde. Allerdings ist die Vereinbarung nur unter dem Vorbehalt beschlossen worden, daß auch mit den Zündriekern eine solche Vereinbarung zustande kommt. Die Verhandlungen mit den Industriearbeitern sind noch nicht abgeschlossen, aber bereits so weit gediehen, daß die Unternehmer

bereit sind, eine generelle Erhöhung der Bezüge um 6 Prozent zu bewilligen. Man nimmt an, daß auch diese Vereinbarung heute zustande kommt. Die Verhandlungen fanden im Bundeskanzleramt unter Anwesenheit des Bundeskanzlers, der Minister Schürz und Schmitz sowie des Bürgermeisters Genossen Seik statt. Nachher fand eine Betriebsobmannenkonferenz statt, in der die Kommunisten erklärten, der Vereinbarung nicht zustimmen zu können. Nach der Debatte wurde jedoch die Vereinbarung mit etwa zweitausend gegen fünfzehn Stimmen angenommen und schließlich ein Beschluß gefaßt, in dem die noch im Lohnkampf stehenden Angestellten und Beamten der unüberbrücklichen Treue verpflichtet werden und erklärt wird, daß die Metallarbeiter auch weiter in voller Kampfbereitschaft bis zur Vereinigung der Angestelltenforderungen verharren werden.

Bombenwerfer in Horthy's Diensten.

Budapest, 30. November. (Eigenbericht.) Horthy's „Erwachte Ungarn“ haben die Serie ihrer Banditenstreife wieder um ein Bomben-

attentat vergrößert. Heute nach 9 Uhr abends explodierte in der Hauptsynagoge in der Tabakgasse eine von unbekanntem Männern verfertigte Bombe. Die Detonation war in weitem Umkreise hörbar. Anlässlich des Samstagabends war das Gebetshaus stark besucht. Es verlautbart, daß keine Menschenleben zu beklagen sind, weitere Einzelheiten sind jedoch nicht in Erfahrung zu bringen.

Budapest, 30. November. (Eigenbericht.)

Heute wurde die Festsetzung gemacht, daß sämtliche Aktien in Angelegenheit des Bombenattentats im Elisabethstädter Klub, dem sieben Menschenleben zum Opfer fielen, auf rätselhafter Weise verschwunden sind. Ob die Dokumente bei der Polizei oder bei der Staatsanwaltschaft abhandeln kamen, ist bisher nicht erwiesen. Das Ausland hat es sich längst abgewöhnt, das rätselhafte Verschwinden von Menschen — Hunderte Horthy, Seijas, und Bronapoper — rätselhaft zu finden; noch weniger rätselhaft muß daher das Verschwinden peinlicher Aktenstücke erscheinen. Die (Red.)

Annahme des Staatsvoranschlages in der gekürzten Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Prag, den 30. November 1923. Das Abgeordnetenhaus beendete heute die Beratung des Staatsvoranschlages für das Jahr 1924, des Finanzgesetzes und des Investitionsbudgets.

In der Debatte sprach als erster Genosse Beutel. Er behandelte unter anderem auch die

Zersplitterung des Krankenversicherungswesens.

Durch den Verwaltungsgerichtshof werden Gesetze in einer Art interpretiert, daß dadurch ganze Schichten der Arbeiterklasse, — wie dies auch bei den Hausgehilfen der Fall ist, — von der kaum erworbenen Wohltat der Krankenfürsorge wieder ausgeschlossen, neuerlich der alten vorinsinulischen Gefindeordnung unterstellt und dadurch im Krankheitsfalle in den meisten Fällen dem nackten Elend überantwortet werden. Hier ist es Pflicht der Regierungsmehrheit, einzugreifen, wenn sie es mit dem Wohle der Arbeiterklasse ehrlich meint. Hier den Kopf in den Sand zu stecken, vielleicht aus dem Grunde, um das Prestige einer gerichtlichen Entscheidungsstelle nicht zu verlegen, ist unangebracht.

Warum bringt man nicht den Mut auf, durch eine Gesetzesnovelle gutzumachen, was durch den Verwaltungsgerichtshof schlecht gemacht wurde?

Das Gleiche gilt von der Auslegung des letzten Absatzes des Paragraph 7 des Krankenversicherungsgesetzes, der lediglich die Beitragsbemessung betrifft, durch die bekannte Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes. Wie durch diese Entscheidung vor allem die Versicherten und auch die Krankenkassen geschädigt wurden wird noch bei anderer Gelegenheit erörtert werden. Wie die bestehende Krankenversicherung bewußt zersplittert und die Versicherten ständweise ausgeschlossen werden, beweist die Erteilung des Privilegiums des Versicherungsrechtes über den ganzen Staat an die registrierte Hilfsklasse der Privatbeamten und Angestellten in Prag. Hierdurch wurden tausende Versicherte aus rein nationalen Gründen aus den zuständigen Bezirkskrankenkassen herausgerissen und unter dem Äder von diversen Begünstigungen, die man beim Zusammenwerfen aller besseren Risiken kinderleicht gewähren kann, im wahrhaften Sinne des Wortes abgeschachtet. In dieser Richtung sehen wir auch, daß mit dem Essen der Appetit kommt. Tatsächlich erscheinen bereits Zeitungsnotizen, die ein Weitergehen nach dieser Richtung melden.

Ob durch eine solche Zersplitterung des Versicherungswesens der Entwicklung des sozialen Fürsorgegedankens im allgemeinen gedient wird, ist sehr zu bezweifeln. Im Gegenteil,

Beamte und Arbeiter werden einander wieder mehr entfremdet und den Profit davon hat das Unternehmertum.

Ein Teil der tschechischen Machthaber von heute scheint vergessen zu haben, wie sie seinerzeit im Verein mit den deutschen Arbeitern, gemeinsam mit uns, um die Rechte der primitivsten Kranken- und Unfallversicherung gekämpft haben, wobei erwähnt werden muß, daß bis heute die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter nicht in der Krankenversicherung inbegriffen sind. Bei diesem Kampfe für diese Forderungen wurde so mancher Angehöriger auch der tschechischen Nation im alten Oesterreich als Revolutionär behandelt und sein Wirken nicht nur mit Polizeifädeln und Bajonetten niedergehalten, sondern auch mit Kerker geahndet. An der heutigen Krankenversicherung hängen Blut- und Freiheitsopfer nicht nur der deutschen, sondern auch der tschechischen Arbeiter und es ist sehr bedauerlich, diese Gesetze nach ihrem Ausbau heute wieder so behandelt zu sehen. Auf diese Weise werden die Errungenschaften auf dem Gebiete der Krankenversicherung wieder zunichte gemacht. Auflösung von Klassenvorständen, Einsetzung von Verwaltungskommissionen, Verhinderung von Neuwahlen beschleunigen den Zustand der Zerfahrenheit und wirken unheilvoll. Wie durch Förderung, ja förmliche Züchtung solcher Zustände, jegliches Gefühl, man muß sagen, jegliche Moral in Unternehmertreuen Arbeitern gegenüber schematisch ausgerottet und statt dessen brutale Willkür und Beuteherrschaft begünstigt wird, beweist ein Vorkommnis in Aussig, das Redner ausführlich behandelte, beim „Berein für chemische und metallurgische Produktion“, recht drastisch.

Genosse Häusler befaßt sich mit der Wohnungsnot, der unzulänglichen Gewerbeinspektion und kommt dann auf die Arbeitslosigkeit zu sprechen, wobei er sagt:

Der Leidensweg der Arbeitslosen

ist ein furchtbarer, wenn jemand aus der Arbeit entlassen wird, muß er unter anderem eine

Bestätigung des Unternehmens über den Grund der Entlassung beibringen. Oft kostete es einen Kampf, bevor der Unternehmer dieser gesetzlichen Verpflichtung nachkommt. Dann stellt es sich heraus, daß die Formel schlecht ausgearbeitet ist, was allein zur Abweisung genügt. Ist dann die Nichterfüllung durchgeführt, pflegt die Gendarmerie Erhebungen, nicht immer gewissenhaft.

Es vergehen Wochen, bevor die erste Unterstützung zur Auszahlung gelangt.

Jene, denen endlich die Unterstützung zugesprochen wurde, müssen oft, ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand oder ihre Leistungsfähigkeit, öffentliche Arbeiten leisten. Für die Unterstützung müssen sie zwei Tage in der Woche arbeiten, ohne daß ihnen der Zuschlag von einer Krone pro Stunde, wie es das Gesetz vorschreibt, gewährt wird. Eine Verufung auf diese gesetzliche Bestimmung wird als Arbeitsüberweigerung ausgelegt und zieht den Verlust der Unterstützung nach sich! Dabei werden diese Leute weder gegen Krankheit noch gegen Unfall versichert. Mit dem Gesetze vom 18. August 1921 sollte halbwegs Ordnung geschaffen werden, heute sind bereits wieder soviel Weisungen und Verordnungen hinarangegangen, daß sich niemand auskennt.

Wenn nun die Unterstützung abgelaufen ist, kann oft, besonders in den deutschen Gebieten, keine Arbeitsmöglichkeit gefunden werden. Die Bautätigkeit in den deutschen Gebieten wird vom Staate zu wenig unterstützt, bei Vergabung staatlicher Lieferungen wird in erster Reihe die tschechische Industrie berücksichtigt. Aus all diesen Gründen ergibt sich die besonders große Arbeitslosigkeit in den deutschen Gebieten. Wohl haben einzelne Gemeinden Notstandsarbeiten, vor allem Straßenausbau, ausgenommen. Der Staat zahlt in diesen Fällen neun Kronen täglich Zuschuß zur sogenannten produktiven Arbeitslosenunterstützung. Was mit jenen Menschen geschehen soll, die keine Unterstützung mehr erhalten, darum kümmert sich weder die Regierung noch eine andere Behörde. Bei der Zuerkennung der Unterstützung wird riguros vorgegangen; ledige, alleinlebende Personen, alle, welche nicht Familienversorger sind, alle Tagelöhner, Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und Bauhilfsarbeiter, erhalten überhaupt keine Unterstützung. Dazu kommen jene, bei denen die Unterstützung abgelaufen ist, das ergibt:

Zehntausende armer, braver, arbeitswilliger Menschen, die hungrig und stierend umherirren, nicht wissend, wie sie ihr elendes Dasein weiterfristen sollen.

Die Arbeitsvermittlung versagt. Kein Unternehmer kümmert sich um die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen. Obwohl es im Gesetz vom 12. August 1923 im Paragraph 5 heißt, „sämtliche Dienstgeber sind verpflichtet, freigeordnete Stellen dem Arbeitsvermittlungsanwalt zu melden“, werden Neuaufnahmen der Arbeiter regellos vorgenommen. Es fehlt jede Ueberficht. Im zuständigen Aussig wurde bereits einmal über einen Geschehnis zur Errichtung und Ausbau von Arbeitsvermittlungsbüros beraten. Für das Jahr 1924 sind zu diesem Zwecke 430.000 Kronen präliminiert, davon sollen aber noch 150.000 für die Repräsentationsausgaben, für den Kongreß des internationalen Arbeitsamtes, welcher 1924 in Prag stattfinden soll, bestritten werden. Für diese Repräsentationsausgaben wird es langen, die Arbeitsvermittlungsbüros werden wahrscheinlich keinen Ausbau erfahren!

Wundern Sie sich, wenn unter solchen Verhältnissen tausende Menschen moralisch verkommen, wenn durch die mangelhafte Fürsorge ein Teil dieser Menschen dem Verbrechen in die Arme getrieben wird? Wir verlangen deshalb den Ausbau der Arbeitsvermittlung, die Zuerkennung der Unterstützung für alle unverschuldeterweise Arbeitslosen, auch für die Saisonarbeiter,

Der internationale Gedanke in der tschechischen Literatur.

Von Rudolf Illon.

Der Versuch, Völkerverbrüderungsgedanken aus der tschechischen Literatur herausgreifen zu wollen, wird gewiß sehr gewagt erscheinen. Die tschechische Literatur ist es ja, der die tschechische Nation ihre Wiedergeburt Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts verdankt, und vom starken Nationalgefühl ist ja die tschechische Literatur überhaupt erfüllt. Trotz dieses anscheinenden Nationalismus ist sie von großen Menschheitsidealen durchdrungen und tschechische Dichter trachteten, ihre nationale Gesinnung mit den Ideen der Völkerverbrüderung in Einklang zu bringen. Eine freie Menschheit, in welcher alle ohne Unterschied Brüder sind, war das Ideal Svatopluk Cech's, Jaroslav Brchlicky's, Dolar Březina's und vieler anderer.

Schon Jan Kollar befaßte sich in seiner vor hundert Jahren erschienenen „Slavy deo“ mit dem Gedanken der Brüderlichkeit der Nationen. Er, ein Anhänger von Herders Humanitätsphilosophie, sang in diesen Sonetten nicht von der Notwendigkeit eines neuen Kampfes, sondern verlangte für die Slaven und alle Nationen der Welt, die Möglichkeit einer freien kulturellen Entwicklung. Menschheitsideale findet man auch in den Werken des Fr. Lad. Celakovsky und seiner Zeitgenossen. Trochdem der Romantiker und größte tschechische Dichter in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, Karel Hynek Macha, sich nicht viel mit politischen Fragen befaßte, kann man in seinen Gedichten und noch mehr in seinen

Prosarbeiten seine große Abneigung gegen den Völkerverhaß erkennen. Macha schrieb auch deutsche Gedichte. Jan Neruda ruft in seiner Apotheke des Slaventums „Am östlichen Rheine“ zum Weströden und zur Verbrüderung der ganzen Menschheit auf. „O, Menschheit! Dein hundertjähriger Freiheitsstrom wird zur Tat, es kommt ein weicher, freier Tag, die Nacht der düstern Sklaverei zerfließt, o, Menschheit, Menschheit, dein Tag naht schon heran!“

Verbrüderung aller Nationen war ein überaus beliebtes Thema des Svatopluk Cech. Die Poesie dieses Dichters, sowohl seine „Lieder eines Slaven“ als auch seine kleineren sozialistischen Gedichte („Der Held der Zukunft“, „Die Arbeit hoch!“, „An die Arbeit“ u. a.) zeigen, wie sehr er die Brüderlichkeit schätzte. In den „Gebeten zum Unbekannten“ hört er das Dröhnen der Schritte neuer Heere, deren Lösung: „Allen gehört die Erde, ihr seid unsere Brüder“ lautet. Den zukünftigen Sturm — die Weltrevolution — kann keine Macht auf Erden aufhalten, dieser Sturm wird kommen und Svatopluk Cech fragt deshalb auch den „Unbekannten“, ob der Sturm die Menschheit wohlthuend verjüngen wird oder ob seine Spuren über vernichtete Auen und Städte führen werden. „Nicht mit der Schwerte, aber mit dem Worte“ wird die Menschheit dem Fortschritt näher, sagt Svatopluk Cech in einem ähnlich betitelten Gedichte. Das Wort wird das Schwert besiegen und die Kriegsfurie zum Stillstand bringen. Während der terroristische Kommunismus Noland in Cech's Epos „Europa“ das Menschenheil nur in einer blutigen Revolution sieht, die Welt durch „Flamme und Schwert“ und nicht durch „Gedanken und Worte“ bessern will, während er die Menschheit zur „toten

Taufe“ auffordert, sieht der Tolstojaner Goston die künftige Welt, in welcher schöne, freie, ruhige Menschen, „das Glück Genossen“, in der Natur umherwandeln, sich in alles, was auf Erden ist, friedlich teilen, eine Welt, in welcher die Liebe alles erfüllt, was die Liebe gebietet. „Gesetze gibt es nicht. Auf dem Pranger steht nur ein einziges schändliches Verbrechen: der Egoismus.“ Dann, in jenem paradiesischen Zustand der glücklichen und einander liebenden Menschheit, in jener Zeit, wo das Schwert eine aus der Vergangenheit stammende Antiquität sein wird, werden alle Menschen Brüder sein.

Zum Sozialismus und Weltbürgertum bekannte sich Svatopluk Cech in seinem letzten Gedicht „In die weite Welt“, welches im Januar 1908, kurz vor Cech's Tode, in der Zeitschrift „Rugty“ unter dem Pseudonym Profop Janota erschienen ist. In die weite Welt läßt Svatopluk Cech aus der Enge seiner Heimat seine Stimme erklingen, apostrophiert seine „geistes- und geistlichverwandten Brüder“, welche „jenseits des Böhmerwaldes und hinter der Schneekappe“ wohnen, also die Reichsdeutschen, ferner die Bewohner der Alpen und überhaupt alle Menschen, welche auf dem Erdboden siedeln. Er ist fest davon überzeugt, daß überall seine unbekanntem Gesinnungsgenossen wohnen und ihnen ruft er zu: „Wir, die wir in den wilden Völkertreit Frieden und Einigung rufen, wir, die wir das Ziel der Menschheit in der freien Entfaltung der Nationen sehen, wir, die wir mit verschiedenen Sprachen ein gleiches Ziel verkünden, im brüderlichen Händedrucke vorwärts, unbekanntes Heer!“ Den Deutschnationalen, welche seine Völkerverbrüderungstheorie verhöhnen und ihm mit der Vernichtung der kleinen Nationen drohen, ruft er zu: „Auch

bei Euch fühlt schon mancher anders als Du und verabscheut die Gewalt. Diese neue, jugendliche Schar begrüße ich freundschaftlich mit meiner Leier, aus diesen Paladinen des Friedens werden mir Freunde erwachsen; in allen Teilen der Welt weht schon unsere weiße Fahne, sie flattert fröhlich auch zur Ober, zum Rheine und in die Alpen.“

Jaroslav Brchlicky, welcher die Kulturen so vieler Nationen in sich aufgenommen hatte, das Schöne und Erhabene suchte, wo auch immer es zu finden war, und dessen Schaffen eine großartige Mosaik in allen Ländern gesammelter Edelsteine ist, war ein durch und durch kosmopolitischer veranlagter Geist. Seine soziale Weltanschauung veranlaßte sich am stärksten in seinem Gedichtzyklus „Lazarushymne“ (in dem Buche „Sphinx“). Lazarus — der Proletarier — ist es, der in die Finsternis geschleudert wurde, obwar er, um in die Lichte zu leben, geboren wurde. Er lebt ewig in hundertlei Formen, er trug die Pflastersteine zu Pharaos Pyramiden und zu der Basille Türmen herbei, am Ganges und in Theben, im Altertum und in der modernen Zeit, immer lebt noch Lazarus. Als Plato philosophierte, war bemerkte es, daß der Sklave in Mariern schmachtete? Als der Papst die Welt in Rom segnete, wer bemerkte den halbnaekten Lazarus? Heute ein Helote, morgen ein Sklave des Spartakus und nach Hunderten von Jahren ein Fabrikarbeiter, immer unter einem anderen Namen ist er hoffnungslos demselben alten Kampfe preisgegeben. Wenige sehen ihn, denn er geht im Schatten umher und ihm folgt ein hungriger Windhund — die Revolution. Aber es wird eine Zeit kommen, wo Lazarus aus Staub und Schande wie ein Riese auferstehen wird und dann

in der Höhe der derzeit bestehenden Sätze. Wir verlangen weiters, daß die Feist zum Bezug der Arbeitslosenunterstützung allgemein bis einschließlich Jahre ausgedehnt, und daß bei ihrer Zulassung liberal vorgegangen wird. Wir haben entsprechende Anträge zur Abhilfe der Lebensstände gestellt, wir haben auch Anträge gestellt, welche die Mittel zur Befreiung der Lebensstände liefern. Wenn Sie unsere Anträge annehmen, dann werden Sie an richtiger Stelle sparen, dann werden Sie Fürsorge leisten und weniger Strafhäuser, Polizei und Gendarmen brauchen, dafür aber tausende Menschen vor dem Untergange bewahren. (Beifall.)

Ärmlichen.

Nach dem sächsisch-berliner **Kapitel** sprach der **Kommunist** **Mitkulic**, während dessen Rede es zu **zahlreichen Szenen** kam. **Mitkulic** befaßte sich mit der Wirtschaft der landwirtschaftlichen Spiritusbrennereien und erklärte, daß die Spiritusbrennereien den sächsisch-berliner Staat und seine Bevölkerung um dreizehn Millionen Kronen bestohlen haben. (Stürmische Zustimmung bei den Kommunisten. Vizepräsident **Sutis** rief den **Abg. Lauffig** zweimal zur Ordnung.) **Redner** hält weiter den Namen jenes Menschen mitzuteilen versagt, welcher ihm drei Millionen Kronen zu Verschwendungswegen anbot.

Lauffig: Man sollte die ganze Bande mit Küppeln hinausreiben!

Sutis: In einem anderen Parlament wären solche Verhältnisse nicht möglich!

Mitkulic (fortsetzend): Der Staat wird von einigen Lumpen um Hunderte Millionen bestohlen und es findet sich keine Koalitionspartei, die auf der Bestrafung dieser Diebe besteht würde.

An dieser Stelle der Ausführungen **Mitkulic** brach der **Lärm** von neuem los. Zwischen dem **Abg. Stöbin** und **Meißner** auf der einen Seite und dem **Abg. Blasel** und **Lauffig** und anderen Kommunisten kommt es zu heftigen Kontroversen. **Stöbin** rief: „Der Vollzugsausschuß der kommunistischen Partei hat bisher zur Spirituskaffäre geschwiegen! **Mitkulic** ist am wenigsten bestraft, vor Erledigung seiner Immunitätsaffären von Korruption zu sprechen.“

Mitkulic (zu **Stöbin** gewandt): „Ist es nicht eine Korruption, 30 Millionen zu fehlen? Mühte man nicht diese Diebe gleich ins Kriminalschicksal.“

Für diesen Ausdruck wird der **Redner** vom Vizepräsidenten **Sutis** zur Ordnung gerufen. Der **Lärm** im Saale dauert auch nach der Rede **Mitkulic** an und im Verlaufe der fortgesetzten Diskussionen zwischen den sächsischen Sozialdemokraten und Kommunisten wird **Kreidich** wegen des Rufes: „Die Koalition ist eine Versicherung für die Korruption!“ zur Ordnung gerufen.

Der nächste **Redner** ist der sächsische Sozialdemokrat **Johannis**, der sich mit den Zuständen im allgemeinen Krankenhaus befaßt.

Am weiteren Verlauf der Debatte bespricht **Genosse Kaufmann** die

Mißlungene Verbilligungsaktion der Regierung.

Die Preissteigerungen geben weiter, trotz der Erklärung, daß die Regierung alles vornehmen werde, damit der Lohnabbau wirklich dazu führt, daß auch die Preise abgebaut werden, daß also dem Lohnabbau ganz konsequent der Preisabbau folgt. Alle diese Erklärungen haben sich nicht bewährt. Im Gegenteil: Wir haben bei dem letzten großen und gewiß entscheidenden Kampf der Bergarbeiter beobachten müssen, daß

wird auch seine große, reine Seele erglänzen. Der Proletarier **Lazarus** wird aus der Welt der Hölle kommen ein Paradies machen und auch die Brüderlichkeit aller Menschen wird sodann im Goldglanze des Ruhmes erstehen. In einem anderen Gedichte **Bräutlich** „Die neue Renaissance“ ertönt von den Ufern der Seine (vom Pariser Sozialistenkongress) die Nachricht, daß sich der Mensch aus der Erniedrigung erhebt und der alte Traum **Byrons** und **Schillers** vom Menschenglück in Erfüllung geht. Der Mensch wird den Drachen Krieg zerkämpfen, die weite Welt einander näherbringen, den Bruder umarmen. Bis der neue Morgen erlänzen wird, dann wird das Jammer der Sklaven wie ein Märchen klingen.

J. S. Machar schrieb ein Gedicht „Der Nationalismus“ (im Buche „Verirrt“, „Die Sekunden“). **Radis** im Böhmerwalde. Der Sturm trieb die Gesellschaft in ein armseliges Gasthaus. Der Dichter unterhält sich mit einem alten Manne. Er fragt ihn: „Na, und habe: Ihr Deutsche hier in der Nähe?“ Der Greis antwortet: „Ja, ein kleines halbes Stündchen von hier sind ihre Dörfer entfernt.“ Der Dichter fragt weiter: „Und kommt Ihr mit ihnen zusammen?“ Der Greis: „Manchmal, im Felde, am Wege, beim Jahrmarkt.“ „Wie sprechen Ihr mit ihnen?“ „Sie sprechen natürlich ihre Sprache und wir die unsrige.“ „Kämpfe Ihr?“ „Mit wem?“ „Na, mit den Deutschen.“ „Und weshalb sollen wir kämpfen?“ „Um die Sprache, die Schule, um eure Nationalität.“ Der Greis machte eine verneinende Handbewegung und sagte: „Um zu kämpfen, da geht es uns, mein Herr, zu schlecht und ihnen auch. Es ist auch kein Mutwille in uns. Sobald wir zusammenkommen, beklagen wir uns und sie beklagen sich auch. So war es schon zur

wenige Tage nach Beendigung des Kampfes, wenige Tage, nachdem die Bergarbeiter Opfer gebracht und auch die Regierung ein Opfer gebracht hatte, indem sie einen Teil der Kohlensteuer preisgab, die kleiner Händler ganz einfach die Kohle um zwei Kronen bis zwei Kronen 50 Heller teurer verkauft haben, mit der Begründung, daß die Kohlesteuern zu hoch waren, und daß sie nun die volle Regie in Anrechnung bringen müssen. Der Herr Ernährungsminister hat am 26. Oktober einer von mir geführten Deputation, die in Ernährungsfragen bei ihm vor sprach, erklärt, daß die Regierung und besonders das Ernährungsministerium alle Maßnahmen vorgelehrt hat und vorklehrt, um der weitergehenden Tendenz der Lebensmittelpreise Einhalt zu tun, daß bereits Enquêtes mit den Interessenten, den Händlern, den Lebensmittelproduzenten, stattgefunden haben, und daß die Regierung scharfe und unterbillige Strafen verhängen werde über diejenigen, die sich den Verfügungen des Ministeriums und der Regierung nicht fügen. Bei den Lebensmittelverzeugern hätte wohl der Kohlenpreisabbau sehr bald wirken müssen, wir sehen aber, daß die Preise nicht gesunken sind, im Gegenteil,

die Preise der Lebensmittel steigen weiter.

Bei den Textilien hat der Minister selbst erklärt, daß ein Abbau der Preise wohl im Großen zu verzeichnen sei. Für gewisse Textilien, welche von Meier mit sieben Kronen als Rohstoff bezahlt werden, müssen beim Detailhändler, wo der Konsument einkauft, 24 Kronen bezahlt werden. Für die Differenz von 17 Kronen zwischen Engrospreis als Rohstoff und Detailpreis muß es wohl eine Erklärung geben, und die war der Herr Minister zu geben nicht imstande! Der Minister erklärte weiter in Ernährungsfragen, daß die Weltmarktpreise für Getreide hoch sind. Wir können konstatieren, daß die höchsten Preise über nicht gehalten werden, und daß an der Prager Börse Getreide in großen Mengen an das Ausland verkauft wird. Dieses Geschäft ist so gutgehend, daß

innen ein Lagen der Getreidepreis um 45 Prozent gestiegen

ist. Auch der Herr Handelsminister erklärte der von mir geführten Deputation, daß auch das Handelsministerium Enquêtes einberufen hat, um den Preisabbau zu fördern; vor allem wäre der Abbau der Kohlenpreise, der nach Beendigung des Bergarbeiterstreikes automatisch eintreten mußte, dahingehend auszumitteln, daß schon von den Erzeugern angefangen, dieser Kohlenpreisabbau sich in einem Abbau der Warenpreise auswirke. Auch das ist bis heute nicht eingetreten, obwohl seither schon Wochen vergangen sind. Die strengen Strafmaßnahmen der Regierung gegen jede weitere künstliche Steigerung der Preise, gegen die wucherischen Bestrebungen des Zwischenhandels, scheinen nicht durchgeführt worden zu sein, oder, wenn das der Fall ist, müssen wir annehmen, daß die Vertreter der Drohungen der Regierung, insbesondere der Maßnahmen der Herrn Minister, lachen. Auch der Referent des Ernährungsausschusses hat konstatiert, daß die Grundaufgabe des Ernährungsministeriums die Leitung der Verbilligungsaktion sei. Er hat weiter erklärt, daß das Ministerium im Voranschlag einen Betrag von vier Millionen Kronen vorgesehen habe, um diese Verbilligungsaktion auch praktisch durchzuführen. Wir haben keine Ahnung, wie der Minister diese vier Millionen verwenden will, und es wäre sehr interessant gewesen, wenn er sich dazu geäußert hätte, was er mit den vier Millionen anfangen und wie er bei der Durchführung des Preisabbaues diese vier Millionen einzusetzen und zu verwenden gedenkt. Wir haben auch im Vorjahr eine große Verbilligungsaktion eingeleitet. Seitens des Ernährungsministeriums sollte besonders für die Kinder der Arbeits-

Zeit unserer Väter, so ist es jetzt und wird so weiterbleiben. Kämpfe! Arme Teufel sind wir alle, ob wir so oder so sprechen. Das Bündel Leben schleppen wir zum Grabe und froh sind wir, daß wir es überhaupt schleppen.“

Antonin Sova, der begeisterte Hymnister des sozialistischen „Tals des neuen Königreichs“ und Autor vieler sozial-ethischer, visionärer Gedichte, sieht und prophezeit den Sieg des durch den Sozialismus befreiten Menschen. **Sova**, der den sächsischen Schriftstellern laut zuruft: „Ih, ih, ih, was unsere Fahne rot weht!“, singt wieder von der Neuen Welt, in welcher jeder das verschwinden ist und die Schönheit des freien Lebens alle Menschen eint. „Die Religion des morgigen Tages“ ist ihm die Ueberbrückung der Abgründe durch die Menschlichkeit.

Oskar Brezina „Baumeister des Doms“ bringen Millionen leidender Brüder die Heilsbotschaft der Erlösung durch die Arbeit, die „Propheten“ kommen zu den Menschen, um ihre Seelen zu erlösen und die ganze Welt zu bezaubern. Millionen von „Händen“ treffen sich und bilden eine mögliche Kette, welche alle Kontinente, Wälder und Gebirge umspannt. Es sind dies die Hände der Schaffenden, welche die große Kluft, die aus dieser Verbrüderung der Menschen hervorquillt, erzittern macht. Es ist, als ob man in **Oskar Brezinas** „Händen“ die menschenverbrüdernden Worte der sozialistischen Lehre ertönen hörte. Und „Züh ist das Leben!“ ruft der Dichter im „Rundgesang der Herzen“ aus. Züh, wegen der Ehrlichkeit des Bemühens der idealen Zukunft, züh, wegen eines jeden kämpfenden, leidenden und siegenden Menschen selbst, und züh, wegen der künftigen Verbrüderung aller Nationen,

lösen vorgefertigt werden, und es würden dafür 15 Millionen zur Verfügung gestellt. Wie sie verwendet wurden, auch darüber wäre wohl eine Klärung erwünscht, und es wäre interessant zu hören, wie diese Mittel von dem Ministerium in Anwendung gebracht wurden, einen Erfolg haben wir nicht bemerkt.

Der Ernährungsausschuß hat im Juni 1922 ein sehr umfangreiches Preisabbauprogramm aufgestellt. Bis heute ist nichts durchgeführt. In der ganzen Durchführung dieser Aktion ist wohl ein Dulden und ein ernsthafter Wille seitens des Ministeriums nicht zu beobachten.

An der Volksgesundheit soll gewahrt werden!

Genosse Dr. Hoffmayer sagt, es sei charakteristisch, daß gerade dem Gesundheitswesen bei uns ein so geringes Interesse entgegengebracht wird. Von den Auslagen, welche der Staatsvoranschlag für das nächste Jahr ausweist, sind für die Erhaltung der Gesundheit und Bekämpfung der Krankheiten bloß 3 bis 4 Prozent bestimmt und es ist daher bedauerlich, daß unter diesen Umständen das Ministerium nicht viel leisten kann. Nun wird von diesen geringen Ausgaben noch beinahe der dritte Teil weggelassen; um 28 Prozent sollen die Ausgaben des Staates für das Gesundheitsministerium im Jahre 1924 geringer sein, trotzdem die Ausgaben, die diesem Ministerium gestellt werden, nicht kleiner geworden sind, ja im Gegenteil von Jahr zu Jahr wachsen. Was sollen wir dazu sagen, wenn selbst die Auslagen des Gesundheitsministeriums für Kasparhorstland um 22 Prozent geringer werden sollen. — Wir wissen, daß die gesundheitlichen Verhältnisse in Kasparhorstland unendlich traurig und elend sind, daß das ganze Jahr dort

Plethypus, Ruhr und alle möglichen ansteckenden Krankheiten

herrischen. Obgleich man uns gesagt hat, daß die Lebensmittel in Kasparhorstland als Kulturträger aufzutreten und nachfolen will, was Magharien in diesem Lande verübt hat, trotzdem will man ein Viertel dieser ohnehin so gering zu genießenen Auslagen für das Gesundheitsministerium in Kasparhorstland vermindern.

Um 26 Prozent werden die Auslagen für die Jugendfürsorge herabgemindert u. um ebensoviel die Ausgaben des Ministeriums für soziale Fürsorge. Eine wichtige Aufgabe ist es auch, die Gesundheit zu erhalten und die Jugendfürsorge, wie sie das Ministerium betreiben soll, soll die Jugend kräftigen, ihre Muskeln widerstandsfähig machen für den schweren Kampf ums Dasein, den die Jugend, und besonders die proletarische Jugend auszufechten hat.

Wir müssen uns aber gleichzeitig vor Augen halten, daß

das Ministerium für Volksgesundheit überhaupt versagt

hat, denn es leistet so gut wie gar nichts. Seine legislative Tätigkeit ist überaus gering. Das Gesetz betreffend die Bewährung zur Ausübung der ärztlichen Praxis weist den einen Erfolg auf, daß die deutsche Praxis nur erschwert wird. Mit dem Gesetz über die vorläufige Regelung der Rechtsverhältnisse der Heil- und Humanitätsanstalten wurde bloß ein Provisorium geschaffen, das wohl niemals zu Ende gehen wird. Das Gesetz über die Verstaatlichung der Distriktsärzte hat nur den einen Sinn, den Wirkungsbereich des Staates möglichst weit zu erstrecken. Für die Volksgesundheit wurde aber damit nichts geleistet. Das Gesetz zur Verlesung der Geschlechtskrankheiten hat bisher nicht die gewünschten Ergebnisse gezeigt. Schuld daran trägt aber nicht das Gesetz selbst, sondern das überaus lange Nichtausgehen der Durchführungsverordnung. Allererst dringend ist die endliche Ordnung des **Debattemensens**, sowie die Regelung des Apothekewesens, und nicht minder die Ausarbeitung eines neuen Kezuelammergesetzes. **Redner** schließt zum Schluß die erbärmlichen Zustände unserer Krankenhäuser und erklärt, daß, insofern die vorgebrachten Beschwerden nicht eine Abhilfe erfahren, er für das Budget nicht stimmen kann. (Beifall.)

Es sprechen noch einige **Redner**, darunter auch der **Landvolklicher Führer**, der mit den Ausführungen des **Genossen Leibl** polemisiert und dessen Behauptungen von den **Genossen Leibl** und **Schweibhart** in Zwischenrufen auf das richtige Maß zurückgeführt werden, worauf die Debatte über die Wirtschaftsgebühren geschlossen wird.

Wloch (sozialdemokratisch) konstatiert in einer tatsächlichen Verdringung, daß er infolge seiner Erklärungen im Gewerbesauleh Gegenstand des Angriffes der „**Radon**“ List“ und einiger anderer Blätter ist. Diese werfen ihm vor, er habe seine Behauptung widerrufen und werde nun Schweigen. Dies sei nicht der Fall, im Gegenteil, jetzt werde er erst recht reden. Er führt eine Reihe von Fällen beim Bewilligungsverfahren an und sagt, daß die finanzielle und politische Korruption hierbei die entscheidende Rolle spiele.

Handelsminister Kobal beantwortet die Erklärung **Wlochs** mit dem Versprechen, er werde die angeführten Fälle untersuchen. **Wloch** hat sein Material wohl schon längst vorbereitet gehabt und ist also **Wirtschaftlicher**. **Kobal** erklärt, daß er die Öffentlichkeit über das Ergebnis der von ihm angefertigten Untersuchung informieren werde. Die Erklärung des Handelsministers wurde von den Mitgliedern der sächsischen Gewerkepartei mit **Lärm** angenommen.

Sodann hielt **Generalredner Erdin** das Schlußwort.

Um 5 Uhr 30 Minuten wird zur

Abstimmung

geschritten. Das Haus ist voll besetzt, wohl zum ersten Mal seit Beginn der Budgetdebatte; auch die Regierungsmitglieder sind vollständig anwesend.

Das Budget selbst wird nach der Fassung des **Finanzberichtes** genehmigt. Alle **Abänderungsanträge** werden abgelehnt. Ebenso wird das **Investitionsbudget** und das **Finanzgesetz** unbeschadet angenommen.

Sodann wird über die **Resolutionen** abgestimmt. Ein bereits im **Ausschuß** angenommene **Resolutionsanträge** werden angenommen. Weiter gelangen einige **Resolutionsanträge** der **deutschen Agrarier** zur Annahme. Ferner werden angenommen:

Ein **Resolutionsantrag** des **Genossen Dr. G. H.**, in dem die Regierung aufgefordert wird, ein neues Gesetz über die **Regelung der Posten** der **Stipendienten** vorzulegen.

Ein **Resolutionsantrag** des **Genossen R. O. J.** und **P. H.** betreffend die **Durchführung** des **Gesetzes** über die **Unterstützung der Arbeitslosen**.

Ein **Resolutionsantrag** des **Genossen Dr. G. H.** betreffend die **Inkompatibilität** und **Schlichtung**.

Ein **Resolutionsantrag** des **Genossen L. A. B.** und **S. A. B.** betreffend die **fortgesetzte** **Behandlung** der **Sozialversicherungsvorlage**.

Die **Abstimmung** bezieht in **vollester** **Ruhe**, nur bei der **Ablehnung** des „**nuncius clausus**“ **Antrag** **S. H. O.** für den nur 17 Hände erhoben wurden, hörte man **beschleunigte** **Zurufe** von den **Banken** der **Deutschnationalen**.

In einer zweiten formellen Sitzung wurde das **Budget** in **zweiter** **Lesung** angenommen.

Das **Haus** tritt sodann zur **Behandlung** des **Berichtes** des **Immunitätsausschusses** betreffend den **Sireit** des **sächsischen** **Sozialdemokraten** **Derer** mit den **sozialistischen** **Volksparlamenten** **Juriga** und **Tomana**, diese hatten nämlich **Derer** **beleidigt**. Der **Bericht** des **Ausschusses** wurde vom **Haus** zur **Kenntnis** genommen.

Sodann wurde die **Sitzung** um **halb 9 Uhr** **abends** **geschlossen**.

In unserem **Beilage** über die **Sitzung** des **Abgeordnetenhauses** vom **Donnerstag** soll es bei **Ausführung** der **Rede** nicht fehlen: „Es sprechen ferner... der sächsische Sozialdemokrat **Cl. L. A.**“

In derselben Sitzung ergriffen noch in den **letzten** **Abendstunden** **Genosse** **D. A. S.** und **Genossin** **R. P.** das **Wort**, deren **Ausführungen** wir in **unserer** **morgigen** **Nummer** **wiedergeben** **werden**.

Inland.

Senator **Jahner** **trägt** zu **testen**! Der **deutsche** **nationalsozialistische** **Senator** **Jahner**, der in der **Obmännerkonferenz** des **Senats** **bestimmlich** **eine** **Ränge** **für** **den** **Spiritus-Präsel** **brach** und **deshalb** **lagar** **auch** **von** **der** **„Böheim“** **entsprechend** **charakterisiert** **wurde**, **sucht** **in** **diesem** **Blatte** **keine** **ein** **denkigste** **haltung** **durch** **folgenden** **Brief** **zu** **„korrigieren“**:

„Die **Darstellung**, die **Sie** **den** **Dingen** **geben**, entspricht nicht dem **Tatsachen**. Ich **stelle** **nächst** **schon**, daß **von** **einem** **geschlossenen** **Gremium** **der** **gesamten** **Opposition** **für** **den** **Antrag** **Seller** **nicht** **gesprochen** **werden** **kann**, **weil** **in** **der** **Obmännerkonferenz** **an** **oppositioneller** **Stelle** **überhaupt** **nur** **Seller** **und** **ich** **geschrien** **haben**, **während** **die** **Vertreter** **der** **anderen** **deutschen** **Parteien** **ihre** **Zielsetzung** **nicht** **um** **Ausspruch** **brachten**. **Was** **mein** **Aussprechen** **anbelangt**, **so** **war** **es** **von** **der** **Erwägung** **dieser**, **daß** **ein** **parlamentarischer** **Untersuchungsausschuß** **angesichts** **der** **noch** **allgemein** **bestehenden** **Zusammenhang** **des** **Parlamentes** **als** **eine** **vollständige** **Klärung** **dieser** **so** **aufführung** **bedürftigen** **Wing** **gegenüber** **berücksichtigt** **wird**. **Wenn** **aber**, **wie** **zu** **erwarten** **steht**, **das** **Ergebnis** **des** **Untersuchungsausschusses** **für** **die** **weite** **Öffentlichkeit** **unbefriedigend** **ausfällt**, **würden** **nicht** **die** **sächsischen** **Vertreter** **allein**, **sondern** **selbstverständlich**, **auch** **die** **deutschen** **Mitglieder** **des** **Untersuchungsausschusses** **hierfür** **verantwortlich** **gemacht** **werden**. **Ein** **parlamentarischer** **Untersuchungsausschuß** **ist** **meiner** **Ansicht** **nach** **am** **Platz**, **wenn** **es** **sich** **um** **ausgesprochene** **parlamentarische** **Verfehlungen** **handelt**. **Da** **jedoch** **Präsel** **als** **Vorsitzer** **einer** **Genossenschaft** **der** **bestimmten** **Vergehen** **beschuldigt** **wird** **gibt** **es** **nur** **einen** **Weg** **der** **Reinwaschung**, **nämlich** **die** **gerichtliche** **Austragung**, **die** **so** **rasch** **als** **möglich** **erfolgen** **müßte**.“

So **sagt** **und** **schreibt** **der** **würdige** **Senator** **jeht!** **Er** **ändert** **aber** **damit** **nicht** **das** **geringste** **an** **der** **Stellung** **die** **er** **in** **der** **Obmännerkonferenz** **einnahm**, **und** **an** **dem** **Urteil**, **daß** **wir** **daran** **knüpfen** **und** **das** **sonit** **vollkommen** **aufrecht** **bleibt**. **In** **der** **Obmännerkonferenz** **hat** **Senator** **Jahner** **nicht** **mehr** **und** **nicht** **weniger** **getan**, **als** **sich** **gegen** **den** **Antrag** **des** **Genossen** **Dr. Seller** **an** **Einkaufung** **eines** **parlamentarischen** **Untersuchungsausschusses** **mit** **der** **Begründung** **erklärt**, **daß** **es** **sich** **um** **eine** **private** **Angelegenheit** **des** **Senatspräsidenten** **Präsel** **handelt**. **Von** **dem** **gerichtlichen** **Verfahren**, **das** **im** **Zuge** **ist**, **nach** **er** **nur** **sehr** **nebenbei**, **sein** **Parlamentum** **war**, **daß** **die** **gegen** **Präsel** **erhobenen** **Anschuldigungen** **mit** **seiner** **Tätigkeit** **als** **Senatspräsident** **nichts** **zu** **tun** **habe**. **Wir** **begrüßen** **daß** **Jahner** **sich** **von** **diesem** **Eintreten** **für** **den** **Spiritus-Präsel** **schämt**, **aber** **weber** **private**

Erklärungen noch öffentliche Rückzüge in der Presse vermögen... an der festzuhaltenden Tatsache ändern, daß ein Führer der Deutschgelben den Spiritus-Scandal der tschechischen allnationalen Koalition und des tschechisch-agrarischen Senatspräsidenten, dieses Panama des kapitalistischen Staates, nach bestem Wissen und Gewissen zu decken verusche.

Die Regelung der Kriegsanleihe. Der Vorstand der deutschen Arbeitsgemeinschaft erschien gestern beim Finanzminister, um wegen einer baldigen Regelung der Kriegsanleihefrage vorstellig zu werden. Insbesondere wurde mit Rücksicht auf eine jüngst erlassene gerichtliche Entscheidung und auf die kürzlich erfolgte Erhöhung des Lombardzinsfußes die schwierige Lage der Lombardschuldner betont und der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß das Bankamt bis zur endgültigen Vereinigung der Kriegsanleihefrage die Eintreibung seiner Forderungen vertage. Der Minister erwiderte, daß er die Absicht habe, im Laufe des kommenden Vierteljahres die ganze Kriegsanleihefrage durch eine neue Regierungsvorlage endgültig zu erledigen. Hinsichtlich der Lombardschuldner erklärte sich der Minister bereit, mit der zuständigen Leitung des Bankamtes das Einvernehmen zu pflegen.

Ausland.

Die deutsch-dänische Frage.

Verständigung zwischen der Sozialdemokratie Deutschlands und Dänemarks.

Am 25. November 1923 hat in Flensburg eine Konferenz deutscher und dänischer Sozialdemokraten stattgefunden, die den Zweck hatte, zu der nationalen Agitation an der Grenze der beiden Staaten Stellung zu nehmen. Die Vertreter der dänischen Sozialdemokratie erklärten, daß sie jeden Versuch, die Grenze zugunsten Dänemarks zu ändern und auf diese Weise die wirtschaftliche Not und politische Schwäche Deutschlands auszunützen, beurteilen. Ebenso lehnten die deutschen Sozialdemokraten alle auf eine Wiedereroberung des jetzt Dänemark zugesicherten Gebietes abzielenden Pläne ab. Die nach dem Friedensschlusse auf Grund der Volksabstimmung vereinbarten Grenzen werden von beiden Parteien anerkannt. Ferner einigten sich die beiden Parteien dahin, den beiderseitigen nationalen Minderheiten wirksamen Schutz angebeihen zu lassen. — Diese Verständigung der Sozialdemokraten Deutschlands und Dänemarks über eine nationale Frage, die von den Chauvinisten beider Nationen ausgenützt wird, ist ungemein bemerkenswert.

Die jugoslawischen Behörden konfiszieren.

Die jugoslawischen Behörden scheinen große Angst vor den Publikationen der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu haben. Die Verlagsbuchhandlung „Nasa Snaga“ in Zagreb bestellte die Broschüre „Die Lage der Arbeiterschaft in Deutschland“ (nicht Jugoslawien), die aber konfiszirt wurde. Die Broschüre „Rückblick und Ausblick der russischen Gewerkschaftsbewegung“ wurde gleichfalls konfiszirt und endlich nach Erledigung vieler Prozeduren freigegeben. Weiter liegt schon drei Monate ein Paket am Zollamt, welches nicht herausgegeben werden darf, und wie immer, haben auch diesmal weder die Zollbehörde noch die Polizeibehörde es für nötig gehalten, die „Nasa Snaga“ zu verständigen, d. h. sie das Paket konfiszirten. Privatim wurde in Erfahrung gebracht, daß dieses Paket unter die Mafakatur geworfen wurde. Auf Einspruch wurde dann das Paket durch die Polizei vom Zollamt abgeholt, geöffnet und folgender Inhalt konstatirt: 25 Stück Broschüren, herausgegeben von der österreichischen Gewerkschaftskommission, verfaßt vom Gen. Frimman mit dem Titel „Krieg dem Kriege“, zehn Stück Broschüren „Der Jugendhau der Welt“, elf Broschüren „Der Internationale Gewerkschaftsbund“, fünf Broschüren „Anhang VII, 1922, Jahrbuch des I. O. V.“, also lauter Schriften, die rein sozialistischen Charakters sind und schon einmal freigegeben wurden.

Deutsche Reichskrankenkassen für Privatangestellte.

Ein neuer Schlager des geschäftstüchtigen D. S. V.

Der Weihnachtszeitung rückt heran und der geschäftstüchtige Deutschnationalen Handlungsgesellschaftenverband (D. S. V.) kuffig, von den Unternehmern konfessioneller Spezialfirma zur Angestelltenvertretung und unverfälschtes Pflasterdienstamt, ist eifrig mit dem Arrangement seiner Auslagen beschäftigt. In bengalischer Beleuchtung rückt er mit seinem neuesten Schlager heraus und als smarte Geschäftsleute wechseln die Herren mit der Saison die Mode. Im Vorjahre war blau-weiß-rot die Modelfarbe, da wurden die Angestellten unter gütiger Mitwirkung der Unternehmern aus den Bezirkskrankenkassen herausgelockt und mit ganzen Wagenladungen Versprechungen in die tschechische Privatbeamtenkrankenkasse des Herrn Houdel, des Wegenspiellers auf der tschechischen Seite der gelben Front, gelockert. Dieses Jahr ist Kornblumenblau die Mode und unser konsequenter D. S. V. hat schon den neuesten Schlager parat — die deutsche Reichskrankenkasse für Privatangestellte. Sollte 1922 noch die tschechische Krankenkasse des Herrn Houdel, für die der D. S. V. den Zutreiber machte, den Angestellten helfen, so kann ihnen 1923 nur durch die deutsche Reichskrankenkasse geholfen werden. Es scheint da von den Versprechungen, mit welchen die deutschen Angestellten gesoppt wurden,

sich einiges als gelber Schwindel herausgestellt zu haben und wie er schon zu gehen pflegt, scheinen sich die feinen Kompagnons in Prag und Kuffig in den Saaren zu liegen und sich gegenseitig Konkurrenz machen zu wollen. Daß die Kosten des Streites die Versicherten zu zahlen haben, ist selbstverständlich, denn man kann sich wohl ein Bild daran machen, wo Herr Houdel mit den deutschen Angestellten, welche in seiner Kassa versichert sind, umspringen mag, wenn sogar der D. S. V. nach kaum einjähriger Dauer der Saison solch eine Sehnsucht nach einer eigenen Deutschen Reichskrankenkasse empfindet. Diese Annahme, wie diese gelbe Pflanze Dank der Unterstützung der Unternehmer über die Angestellten verfügt und sie aus einer Krankenversicherung in die andere buglieren möchte, ist geradezu empörend und zeigt am besten die Verächtlichkeit unserer grundsätzlichen Forderung nach der Einheitskrankenkasse im Rahmen der allgemeinen Sozialversicherung, die derartige Schachergeschäfte unmöglich machen würde. Diese Treibereien zeigen aber auch sonnenklar, warum die Gelben gegen die einheitliche Sozialversicherung so wütend anrennen, denn eine Sozialversicherung, die sie nicht für ihre höchst durchsichtigen Reklame und Schachergeschäfte mißbrauchen können, ist eben nicht nach ihrem Geschmack.

In den letzten Tagen verbreiteten die bürgerlichen Blätter die Nachricht von einer beim Minister für soziale Fürsorge Fabrmann erschienenen Abordnung, die diese „Deutsche Reichskrankenkasse für Privatangestellte“ betreiben sollte. Neben dem D. S. V. und seiner unehelichen Schwester, dem Verband deutscher weiblicher Angestellten an Kuffig, der nur ein Abt. des D. S. V. ist, und dem gelben Güterbeamtenverband in Lepitz empfand noch irgend ein deutscher Pharmazenterverband in Reichenberg das Bedürfnis, gegen die Einheitsfront zu hetzen. Interessant ist es auch, daß Herr Abg. Prof. Kassa dieser Abordnung angehörte und dort neben den nationalistischen und christlichsozialen Abgeordneten und Senatoren Papeli, Mayer, Hartig und Fahrner glänzte und seinen Namen für die Krankenkassengeschäfte des D. S. V. bergibt, von welchen sogar Dr. Lodgman sehr deutlich abräudte. Bei der bekannten Wahrheitsliebe, die den D. S. V. auszeichnet, kann es auch nicht wundernehmen, daß er zur Begründung seiner Forderung die Erste Prager Privatbeamtenkrankenkasse als eine tschechisch-sozialdemokratische Krankenkasse darstellte, während er bisher vor keinen gläubigen Nachlästern schamhaft verschwiegen, daß die Krankenkasse des Herrn Houdel, mit der er bislang so intim paktete, unter tschechischer nationaldemokratischer Führung steht und im Fahrwasser des Herrn Kramat segelt. Dabei erfreuen sich die deutschen Angestellten in der Ersten Prager Privatbeamtenkrankenkasse im Gegenseite zu jener des Herrn Houdel einer Vertretung und es ist nur eine Liebenswürdigkeit des D. S. V. gegenüber Herrn Abg. Kassa, daß er Herrn Prof. Kassa's getreue Anhänger Goldberger, Neuern, Althoff usw. zu tschechischen Sozialdemokraten stempelt.

Es ist höchste Zeit, daß in der Frage der Krankenkassenversicherung der Angestellten eine Entscheidung erfolgt. Mit der Schaffung neuer Reichskrankenkassen, die man aus Gerechtigkeit oder als Kompensation heute dieht und morgen jener Partei bewilligt, wird nur ein untraglicher Zustand geschaffen, wenn den jeder Einseitigkeit protestieren muß. Derartige Zustände, daß in Zukunft ein halbes Duzend Angestellten Krankenkassen gegen einander konkurrieren und jede Partei sich nach Bedürfnis ihre eigene Krankenkasse aufstellt, sind unhaltbar und es gibt aus dieser Situation nur eine Lösung: Die einheitliche Krankenkassenversicherung mit weitesteter Selbstverwaltung und Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse der Angestellten im Rahmen der einheitlichen Sozialversicherung, die wir fordern und die sich durchsetzen wird, allen Gegnern zum Trost!

Tages-Neuigkeiten.

Der Zukunft Krone.

Dem Mann der Arbeit — und ob er schwingt die Art in der nervigen Rechten, und ob er das Gold aus der Erde ringt aus des Bergwerks dämmernden Schwächten, und ob er lehr und schafft und die Feder hält und den Meißel führt — ihm gehört die Welt, ihm gehört der Zukunft Krone!

Wir haben gebeugt in Fron und Joeh den trügigen Naden lange, — und heimlich glühte das Herz uns doch bei des Hammers ehernem Klange. Der Schweiß, der nieder die Stirn uns rann, er adelt uns alle, Weib und Mann, und gibt uns der Zukunft Krone.

Wir wollen kein feiges, kein halbes Geschlecht, kein tröstendes Wort uns zum Hohne: wir wollen für jeden sein heiliges Recht, für jegliche Arbeit, die lohne, — und Freude, wo brennend die Träne jetzt fällt, und Frieden der ganzen, der seufzenden Welt — und dem Volke der Zukunft die Krone!

Klara Müller-Jahnke.

Der Kampf der deutschen Eisenbahner und Staatsangestellten um ihre Existenz. Letzten Sonntag sprach Abgeordneter Genosse Grünzner in einer starkbesuchten Eisenbahner- und Staatsangestelltenversammlung in Falkenau a. d. Eger über das Thema: „Der Kampf um die Existenz der deutschen Eisenbahner und Staatsbediensteten in diesem Staate“. Da in Falkenau am 8. Oktober Abg. Kallina in einer von deutschbürgerlicher Seite veranstalteten Versammlung zu derselben Frage gesprochen und dabei über unsere Partei und Parlamentsfraktion, besonders auch über den Gen. Grünzner lobgezogen hatte, hatten unsere Falkenauer Genossen Herrn

Kallina zu der Versammlung am Sonntag eingeladen, damit er Gelegenheit habe, seine Entstellungen über die Politik unserer Partei und Parlamentsfraktion zu wiederholen und Rede und Antwort zu stehen. Herr Kallina hatte es jedoch vorgezogen, dieser Auseinandersetzung aus dem Wege zu gehen, wohl in der Vorahnung, daß die Politik seiner Partei und Parlamentsfraktion dabei nicht gut abgeschnitten hätte. Es gehört seit jeher zu den wichtigsten Eigenschaften unserer Deutschnationalen, über den politischen Gegner in seiner Abwesenheit herzufallen, und wenn es dann gilt, Aug in Aug sich mit ihm auseinanderzusetzen, auszukneifen. Wie oft werden es diese Gelben ihren aufhorchenden und sie bewundernden Zuhörern noch erzählen und pflanzen zu machen versuchen, daß die Verstaatlichung der beiden Privatbahnen, Kuffig Teplitzer Eisenbahn und Buntschietbrader Eisenbahn, zu verhindern gewesen wäre, wenn nur die bösen deutschen Sozialdemokraten ihnen auf den Leim gegangen wären und ihre politischen Hanswurstschaden mitgemacht hätten. Gen. Grünzner begann sein Referat mit einem Rückblick auf die Zeit vor dem Kriege und zeigte auf, wie auch heute noch die Politik der Deutschnationalen in diesem Staate dem deutschen Volke und besonders den deutschen Arbeitern und Eisenbahnern schwer geschadet hat und noch schaden wird. Wohl liegen die Verhältnisse in diesem Staate gegenwärtig leider noch immer so, daß eine Politik mit für jeden Arbeiter und Eisenbahner auf den ersten Blick sichtbaren Erfolgen bisher nicht möglich war. Nichtsdestoweniger aber waren unsere Bemühungen noch nicht so ohne jedes nutzbringende Ergebnis, während die Methoden der Deutschnationalen und Hakenkreuzler vollständig unfruchtbar blieben. Gen. Grünzner wies an Hand einer Reihe von Beispielen nach, welcher Art diese Errungenheiten waren, die den deutschen Arbeitern und Eisenbahnern zugute gekommen sind. Wenn diese auch bei weitem keine befriedigenden waren, so waren sie doch von nicht zu unterschätzendem Wert, insbesondere wenn man in Betracht zieht, unter welcher außerordentlich ungünstigen Verhältnissen sie erwirkt werden mußten. Es wäre für Herrn Kallina gewiß sehr interessant gewesen, von diesen Dingen etwas zu hören, von denen er keine Ahnung haben dürfte. — Die Versammlung, die auch von Anhängern bürgerlicher Parteien besucht war, zollte den Ausführungen des Gen. Grünzner reichen Beifall. Von den anwesenden Deutschnationalen meldete sich niemand zum Worte. Nun mag Herr Kallina wieder nach Falkenau kommen und den „zweiten“ Schritt zum Schutze unserer deutschen Staatsangestellten tun, nachdem er den „ersten“ bereits am 8. Oktober getan hat.

Genosse Hugo Heller gestorben. Den jüngeren Genossen wird es wohl nicht bekannt sein, daß der Donnerstag in Wien gestorbene Buchhändler Hugo Heller einst ein eifriger Parteigenosse gewesen ist. Aber die älteren Besucher von Parteitagungen werden sich seiner, der auf den Parteitagungen der neunziger Jahre öfters als Redner hervorgetreten ist, erinnern. Als 1894 die Volksbuchhandlung gegründet wurde, war neben Janos Brand ihr leitender Geist Hugo Heller. Um die Organisation der Buchhändlergehilfen hat er sich das größte Verdienst erworben. Im Jahre 1900 schied Heller aus der Volksbuchhandlung aus, war dann im reichsdeutschen Parteibuchhandel sowie als Redakteur an reichsdeutschen Parteiblättern tätig, und eine Konzertdirektion gegründet, die er in kurzer Zeit auf eine beachtenswerte Höhe brachte. Später hat er dann in Wien eine Buchhandlung und eine Konzertdirektion gegründet, die er in kurzer Zeit auf eine beachtenswerte Höhe brachte.

Die Kravalle der Wiener Patentkreuzjünglinge. Wie wir bereits berichteten, kam es auch Donnerstag wiederum zu Kravallen an der Wiener Universität. Die Hakenkreuzler hatten, ungefähr zweihundert an der Zahl, die Rampe der Universität besetzt und verwehrten mit Stöcken und Knütteln den jüdischen Studenten den Eintritt. Auch den Professoren wurde der Zutritt zur Universität verwehrt. Der Rektor, dem es an Energie mangelt, um die randalisierenden Subben zur Ordnung zu weisen, ließ die Universitätstore schließen. Daraufhin nahmen die Hakenkreuzler eine äußerst herausfordernde Haltung gegen die auf der Straße stehenden Studentengruppen an. Nur der Disziplin der sozialistischen Studenten ist es zu danken, daß der Vormittag noch verhältnismäßig ruhig verlief. Als aber die Hakenkreuzler ihre Provokationen steigerten und der Krakeel gar zu arg wurde, marschierte endlich ein starkes Wachaufgebot auf, vor dem der größere Teil der wackeren Jünglinge davonschlief. Einige Böllische erhielten ein paar Hiebe, im übrigen aber kamen sie, dank dem Eingreifen der akademischen Legion und des republikanischen Schutzbundes, glimpflich davon. Unter den völkischen Schreibern befanden sich auch reichsdeutsche Sendlinge. Die „Arbeiter-Zeitung“ meint, daß es vollkommen genügen würde, wenn der Rektor durch die Polizei die Rampe der Universität freihalten ließe. Für das weitere würden schon die lernwilligen Studenten sorgen. Die Aufgabe des Rektors aber ist es, die ja nicht unbekanntenen Jungen, die unablässig den Frieden auf der Universität stören, aus dem Universitätsgebäude zu weisen. Hände der Rektor nur den Mut, einige dieser Subben zu relegieren, dann würde er erfahren, mit welcher geringer Kraftanwendung die Subben niederzuhalten sind.

Neue Schulprobleme in Kuffig. Aus Kuffig wird uns gemeldet: Das Präsidium des Landesgubernates hat angeordnet, daß an der ersten, zweiten und dritten Knabenvolkschule in Kuffig je die vierte und fünfte Klasse aufzulassen und die Schulen der fünf Schulklassen auf dreiklas-

sige Schulen reduziert werden. Die Schülerzahl ist auf die übrigen drei Klassen aufzuteilen. In gleicher Weise ist bei der siebenten Mädchenschule in Kuffig-Aleische nach Auflösung einer definitiven Klasse vorzugehen. Auch die Volksschulen in Gattis, Großpriesen, Pokau und Standsdorf sowie die Mädchenschule in Türnich sind um je eine definitive aufsteigende Klasse zu kürzen. Für die erste, zweite und dritte Mädchenschule in Kuffig, für die fünfte Knaben- und fünfte Mädchenschule in Kuffig-Schönpriesen und für die siebente Knabenvolkschule in Kuffig-Aleische wurde angeordnet: An jeder dieser Schulen unterrichtet eine Lehrkraft in einem Lehrzimmer gemeinsam die erste und zweite Klasse bei Nichtführung getrennter Amtsschriften, die dadurch überflüssig gewordenen Lehrkräfte bleiben definitiv an der Schule angestellt, sie werden aber auf die Dauer dieses Zustandes an anderen Schulen des Bezirkes verwendet werden. Insgesamt werden von dieser Maßnahme 18 definitive Schulklassen betroffen und aufgehoben. Das Kuffiger Schulwesen erleidet damit eine schwere Schädigung, über die an berufener Stelle noch zu sprechen sein wird.

Schlußfeier der Reinbliger Frauenschule. Donnerstag abends fand im Gencingsheim in Reinblig eine kleine Schlußfeier statt, bei der der Arbeitergesangverein Kuffig mitwirkte. Genossin Lorenz sprach namens der Schülerinnen der Anstalt dem Leiter Genossen Dr. Stern den Dank für seine Bemühungen aus. Gen. Stern erinnerte die Schülerinnen daran, daß es die deutschböhmische Arbeiterschaft gewesen sei, die durch Beistellung der Mittel das Bestehen der Schule ermöglicht hatte und daß es daher Pflicht der Schülerinnen sei, das erworbene Wissen weiter in die Massen zu tragen. Namens des Parteivorstandes dankte Genosse Böhl dem Genossen Stern für die Arbeit und sprach die Erwartung aus, daß die mit großen Opfern geführte Schule auch Erfolge gezeitigt habe. Für die Schülerinnen sprachen Genossin Reumann-Reichenberg, die die Worte des Dankes sprach für alle, die die Schule ermöglicht und als Lehrer an ihr mitgearbeitet haben. Freitag mittags verließen die Schülerinnen das Gencingsheim Reinblig, begleitet von den besten Wünschen aller, die an der Schule mitgearbeitet haben.

Der Tod eines Forstlebens. Der 16jährige Viktor Schacherl, ein Sohn des Genossen Dr. Michael Schacherl (ehemaligen Chefredakteurs des Grazer „Arbeiterwille“, jetzt Redakteurs der Wiener „Arbeiter-Zeitung“), ist nach Beendigung der unteren Mittelschulklasse im städtischen Forstamt in Raßwald Forstlebe geworden, um nach einjähriger Lebenszeit eine höhere Forstschule zu besuchen. Mittwoch ist nun der Elebe ein Opfer seines Berufes geworden. Er ging Mittwoch mittags mit einem anderen Forstangestellten von Raßwald zum Breiner Scheid. Hier mußten sie einen Baum übersehen. Einigen der gebotenen Vorsicht, das Jagdgewehr abzuschmeißen und es jenseits des Baumes niederzulegen, wollte der Jüngling mit dem Gewehr auf der Schulter über den Baum steigen. Er blieb nun mit dem Gewehr am Baume hängen, das Gewehr entlud sich und die Schrotladung drang dem Eleben in die Schläfe. Er war sofort tot. Der Leichnam wurde vorläufig in die Totenkammer nach Raßwald gebracht. Er wird nach Wien eingeführt und Dienstag im Krematorium eingescharrt werden. Der Familie Schacherl, schreibt die „Arbeiter-Zeitung“, der durch das tragische Ereignis ein begabter, zu Hoffnungen berechtigter Sohn entrisen wurde, wendet sich die innigste Teilnahme ihrer vielen Freunde zu.

Zunehmende Auswanderung aus Deutschland. In der letzten Zeit suchen immer mehr deutsche Arbeiter nach dem Auslande zu kommen, um so den traurigen Verhältnissen in Deutschland zu entkommen. Wie aus allen an Deutschland grenzenden Ländern übereinstimmend gemeldet wird, nimmt der Zustrom von deutschen Arbeitern immer größeren Umfang an. Da für die meisten Länder eine besondere Einreisewilligung nötig ist, versuchen die Deutschen vielfach heimlich die Grenzen zu überschreiten. Auch aus Jugoslawien, Rumänien und Portugal wird über eine zunehmende Einwanderung von Deutschen berichtet. Die überseeische Auswanderung ist gleichfalls im Steigen begriffen. Wer irgend die Mittel anzutreiben vermag, wandert aus. Die Zahl der deutschen Auswanderer, die im ersten Halbjahr 1923 von deutschen und holländischen Häfen abfuhr, belief sich auf 40.872, davon 23.910 männlichen und 16.962 weiblichen Geschlechts. Die Auswanderung erreichte im Juni dieses Jahres einen Hochstand, wie er seit Anfang der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht mehr beobachtet wurde. Die meisten deutschen Auswanderer gehen nach Südamerika, aber auch die Auswanderung nach den Vereinigten Staaten nimmt in letzter Zeit zu. So berichten amerikanische Zeitungen über eine zunehmende Einwanderung von Deutschen, die vielfach durch die Hilfe ihrer in Amerika lebenden Verwandten zur Deckung der Reisekosten instand gesetzt werden. Gleichfalls mehren sich die Fälle, in denen deutsche Familien eines ihrer Familienmitglieder, meist junge Leute, nach Amerika schicken, damit diese zur Erhaltung der zurüdgebliebenen Familie beitragen und deren spätere Ueberreise ermöglichen.

Mussolini und der Oberbabner von Rom. Ministerpräsident Mussolini — das Ideal unserer Hakenkreuzler — empfing gestern den Oberbabner von Rom Sacerdoti. In dieser Unterredung verwies Sacerdoti darauf, daß sich die ausländischen antisemitischen Parteien in ihrer antisemitischen Haltung auf die angebliche antisemitische Haltung des italienischen Faschismus berufen, nach dem sie sich richten wollten.

Mussolini erklärte ausdrücklich, die Regierung und der italienische Faschismus hätten niemals die Absicht gehabt, antisemitische Politik zu machen...

Faschistische Banditen. Die „B. Z.“ am Montag berichtet aus Rom, daß Donnerstag abends etwa 500 Faschisten die Villa des gewissen Ministerpräsidenten Nitti in der Via Alexandra...

Die Bevölkerungszahl von Bukarest. Nach den Wädgetzählungen der 36 Polizeibezirke von Bukarest ergibt es sich, daß die Bevölkerung der Stadt heute 612.890 Personen zählt...

Eine Firma, die sich gegen die Wahl Henry Fords versichert. Das Versicherungsunternehmen Lloyd in London hat schon gegen alle möglichen Unglücksfälle versichert...

Die bedingte Verurteilung. Die Durchführungsverordnung zum Gesetze über die bedingte Verurteilung und Entlassung wurde teilweise abgeändert. Nach einer am 29. November in der Gesetzesammlung veröffentlichten Regierungsverordnung Nr. 223...

Änderungen im Personenverkehr vom 1. Dezember. Die Staatsbahndirektion Königgrätz teilt mit: Gemäß der Zug 5536 Abfahrt von Alt-Pölla um acht Minuten früher...

Hochwasser in Arpačhoruhlad. Infolge der häufigen Regenfälle führen die Flüsse von Arpačhoruhlad Hochwasser, welches, wie aus Ungvár gemeldet wird, bedeutende Schäden verursacht...

von Fischen fortgetragen, welche die Holzbrücke bei Břichan an der Delfi zerstört haben. Die Delfi führt zwei Meter Hochwasser und überschreitet mit ihren Zulässigen das zulässige Land...

Gerichtssaal.

Aus dem Wuchergerichte.

Prag, 30. November. Der bereits zweimal wegen Wuchers verurteilte Krämer Zmetal aus Klein-Platz hatte sich heute vor dem Wuchergericht des 2. O. B. Magaz. neuerdings wegen Preisverhörs und Wuchers zu verantworten...

Wegen dieses Wuchers wurde Zmetal bereits einmal freigesprochen. Der heutige Senat verurteilt dieses Urteil und verurteilt Zmetal zu einem Jahr Gefängnis und 50.000 Kronen Geldstrafe.

Gleichfalls zu einem Jahr Gefängnis und 50.000 Kronen Geldstrafe wurde heute von demselben Wuchergericht die Händlerin Anna Buz verurteilt, die in Prag VII einen Verkaufstand besitzt. Anna Buz verlangte für einen Loib Brot...

Der Wuchergericht hatte sich heute dann noch mit einem Straffall zu beschäftigen, der, da eine Wohnungsangelegenheit in seinem Mittelpunkt stand, großes Interesse beim Gerichtssaalpublikum erregte. Ein Geschäftsmann hatte, um seine Eltern unterbringen zu können, in der Nähe von Prag eine Villa um 67.000 K gekauft...

Diese Wohnung wurde an ein Mädchen, das in anderen Umständen war und erklärte, ihr Geliebter werde sie nur dann heiraten, wenn sie eine Wohnung habe, vermietet. In den Mietzins wurde das Kföselgeld eingerechnet, so daß für die Wohnung jährlich 3000 K zu zahlen waren.

Als das Mädchen in die Wohnung eingezogen war und geheiratet hatte, erklärte es nun, daß es den Zins, der für eine Zweisimmerwohnung zu hoch sei, nicht zahlen werde und erstattete die Anzeige beim Wuchergericht.

Der Geschäftsmann wurde heute freigesprochen, da das Gericht den vereinbarten Zins in Anbetracht des Kaufpreises der Villa für einen angemessenen hielt, zumal nicht festgestellt werden konnte, ein wie hoher Zins für die Wohnung im Jahre 1914 gezahlt wurde.

Im Verlaufe der Verhandlung machte der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Cervenka, die durch Zeugen bezeugte Mitteilung, daß das Ehepaar, das heute als Kläger auftrat, vor Turzen verurteilt habe, die Wohnung gegen ein Abtrittsgeld von 20.000 Kronen (!) weiterzugeben.

Eine Verurteilung nach dem Gesetze zum Schutze der Republik.

Troppan, 29. November. Gestern hatte sich der ehemalige Schriftleiter der „Deutschen Post“ Hans Dworkal wegen Übertretung des Gesetzes zum Schutze der Republik zu verantworten. Der Angeklagte übernahm im April aus der Wiener Zeitschrift „Die Börse“ eine Notiz, in der jene Banken erwähnt waren, die anlässlich der Zusammenkunft...

Der Angeklagte verantwortete sich dahin, daß er gar nicht die Absicht hatte, die Bank zu schädigen. Das Blatt „Börse“, das die ehemaligen Finanzminister und andere bedeutende Personen zu ihren Mitarbeitern hat, erwidert ihm aus diesem Grunde schon unbedenklich genug. Am nächsten Tage habe er, als ihm die Unrichtigkeit der Notiz gemeldet wurde, diese sofort widerrufen, was auch nachgewiesen wurde.

Der Staatsanwalt Herr Dr. Glas verurteilte in seinem Plädoyer die Sensationshaft der diversen Blätter, der müsse endlich energisch an den Leib gerückt werden. Ein Redakteur, der des Bots beehren will, sich zum Kritiker der öffentlichen Meinung aufzuheben und ersichtlich wirken soll, darf nicht der Sensation verfallen. Eine Zeitung darf nicht in verantwortungsloser Weise mit der Ehre gemacht werden.

Die „Deutsche Post“ habe sich schon sehr mit ihren unverantwortlichen Sensationsnachrichten zu schämen. Dem müsse ein Ende gemacht werden. Ein Redakteur eines Blattes, das in finanziellen und handelspolitischen Sachen der Regierung Richtlinien erteilt, muß sich der Wirkung einer solchen Rats, wie die dem Angeklagten zur Last gelegten, bewußt sein.

Der Verteidiger des Angeklagten, Dr. Kapriel, demüthigte sich, die Anklage zu entkräften.

Das Gericht sprach den Angeklagten nach § 18, Absatz 2, des Gesetzes zum Schutze der Republik schuldig und verurteilte ihn zu 600 K Geldstrafe oder sechs Tagen Arrest, unbedingl. Mit dem Schadenersatz wurde die Bank auf den Zivilrechtsweg verwiesen. Gegen das Urteil meldete der Staatsanwalt die Berufung an.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Neue Steuererleichterungen.

Die Regierung hat Freitag dem Parlament einen Entwurf für ein neues Zuckersteuergesetz vorgelegt. Dieser betruge nämlich die Zuckersteuer 38 K per Meterzentner, wozu noch ein Zuschlag von 16 K kam. Die Einhebung dieses Zuschlages war mit 31. Dezember 1923 befristet. In dem neuen Gesetzentwurf wird der Zuschlag einfach zu der ursprünglichen Steuer zugeschlagen, so daß die Zuckersteuer 54 K für einen Meterzentner betragen soll.

Ebenso hat die Regierung der Nationalversammlung einen Entwurf zu einem Gesetz über die Kohlensteuer vorgelegt. Durch das neue Gesetz sollen die gesetzlichen Grundlagen für

die Herabsetzung der Kohlensteuer, welche auf administrativem Wege mit Gültigkeit vom 10. Oktober 1923 durchgeführt worden ist, geschaffen werden. Die Steuer wird in der Höhe eingeführt, wie sie jetzt tatsächlich eingehoben wird, das sind zehn Prozent. Der Satz kann für Bergwerke, die unter schwierigen Bedingungen produzieren, bis auf sieben Prozent herabgesetzt werden.

Die Einfuhr von Getreide und Mehl. Die Wirkung der Verordnung des Handelsministeriums, wonach die Getreide- und Mehleinfuhr dem Bewilligungsverfahren unterliegt, zeigt seine Wirkung darin, daß viel weniger Getreide eingeführt wird, wodurch die Preise naturgemäß steigen. Während im Oktober 1922 Brotgetreide (Weizen und Korn) in der Menge von 61.392 Meterzentnern eingeführt wurde, beträgt die Einfuhr des im Oktober 1923 eingeführten Brotgetreides nur 21.403 Meterzentner, also den dritten Teil. Bei Mehl und Mischprodukten ist das Verhältnis etwas besser; voriges Jahr 285.325, heuer 234.167. Vom Jänner bis Oktober 1923 wurden an Brotgetreide 66.800 Meterzentner gegen 375.720 Zentner in der gleichen Zeit des Vorjahres eingeführt, also weniger als ein Fünftel. Die Einfuhr von Mehl und Mischprodukten war dagegen etwas größer. 1923 1.780.234 Zentner gegen 1.685.667 Meterzentner im Vorjahr. Die Ausfuhr von Brotgetreide und Mehl ist dagegen ungefähr wie im vorigen Jahr.

Die Auswanderung aus der Tschechoslowakei. Ausführliche Daten über das Auswanderungswesen in der Tschechoslowakei im ersten, teilweise auch im zweiten Vierteljahr 1923 bringt die soeben erschienene Nummer 75 der „Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes“. In der Zeit vom Jänner bis März wurden an 7639 Personen Auswanderungspässe verabfolgt, darunter 6248 tschechoslowakischer, 1164 deutscher und 227 sonstiger Nationalität. Dem Verweise nach waren 6283 Personen berufstätig und 1356 Angehörige ohne eigenen Beruf. Von den Berufstätigen waren die meisten Arbeiter und Tagelöhner (5100), sodann Selbständige und Pächter (895). Wenn wir die einzelnen Berufsgruppen in Betracht ziehen, so ergibt sich, daß die meisten berufstätigen Auswanderer, nämlich 3033, dem Industrie- und Gewerbehande angehört haben; außerdem gehörten 935 der Land- und Forstwirtschaft und der Fischerei, 235 dem Handel und Verkehr, 123 den öffentlichen Diensten und freien Berufen und 1807 den sonstigen Berufen an.

Rehabilitierung der vom Vergabe geschädigten Grundstücke. Die Aktion der Rehabilitierung jener Grundstücke, welche durch den Vergabe gestiftet haben oder ganz unbrauchbar geworden sind, wird seit längerer Zeit vom Ministerium für Landwirtschaft und vom Landeskulturrate in der Weise betrieben, daß die Besitzer der Grundstücke, seien es Private oder Gemeinden, die durch den Vergabe geschädigt wurden oder unbauunfähig geworden sind, auf eine diesbezügliche Eingabe Unterstützung aus öffentlichen Mitteln, bis zur Höhe von 70 Prozent des beantragten Aufwandes erhalten.

Verlängerung der Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Wolffbüro meldet: Um eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrbergbau zu ermöglichen, durch reichlichere und billigere Versorgung der Wirtschaft mit deutscher Steinkohle der Arbeitslosigkeit zu steuern und den Kohlenmangel zu beheben, haben die Vertreter des Bergwerkes und der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium die Vereinbarung getroffen, daß im Ruhrbergbau die Arbeiter unter Tag sowie die mit der Förderung unmittelbar zusammenhängenden Arbeiter über Tag eine Stunde mehr Arbeit leisten.

„Ach, Herr Kallignac, lassen Sie doch zu Herrn Bianchon, vielleicht trifft Sylvia unseren Arzt, Herrn Grimprel, nicht zu Hause.“ Kallignac lief eilends davon, froh, daß er einen Vorwand hatte, um dieses fürchterliche Daus zu verlassen. Christoph verschwand. „Vater Goriot, helfen Sie uns doch, ihn nach oben auf sein Zimmer bringen.“ Balthazar wurde ergriffen, die Treppe hinaufgeschleift und auf sein Bett gelegt. „Ich bin hier doch zu nichts nütze, ich gehe zu meiner Tochter.“ sagte Goriot. „Alter Casse!“ schrie Frau Raouquin, „ich wünsche dir, allein wie ein Hund zu verenden.“ „Sehen Sie doch nach, ob Sie Kether haben.“ sagte die Michonneau zu Frau Raouquin. Mit Poirets Hilfe hatte sie Balthazars Kleider geöffnet. Frau Raouquin verschwand eilig und überließ Fräulein Michonneau das Schlafbett. „Schnell, ziehen Sie ihm das Hemd aus und drehen Sie ihn um! Seien Sie doch zu etwas nütze, und ersparen Sie mir diese Rudimente.“ sagte sie zu Poiret. „Sie sehen da wie ein Papagei.“ Balthazar wurde umgedreht, die Michonneau schlug fest auf die Schulter des Bewußtlosen, und die beiden Buchstaben leuchteten weiß auf der geröteten Haut. „Sie haben Ihre Belohnung von dreitausend Franken leicht verdient.“ rief Poiret und hielt Balthazar fest, während die Michonneau ihm das Hemd über den Kopf zog. „Zum Studud, ist der Herr schwer.“ fuhr er fort und legte Balthazar wieder aufs Bett. „Still. Wenn es hier eine Staffe gäbe?“ Das alte Mädchen zitterte vor Gier, ihre Augen schienen die Hände zu durchdringen, so stark beängte sie jeden Gegenstand im Zimmer. „Ob man nicht unter irgendeinem Vorwand den Schreibtisch öffnen könnte?“ „Das wäre vielleicht eine Sünde.“ sagte Poiret. „Rein. Das Geld ist aller Welt gestohlen worden, gehört also niemand. Aber wir haben keine Zeit. Ich habe die Raouquin schon.“ „Hier ist Kether.“ sagte Frau Raouquin. „Gute ist der Tag der großen Ereignisse. Mein Gott! sollte Balthazar krank sein? er ist schnelweh.“ „Schnelweh.“ wiederholte Poiret. „Sein Herz schlägt regelmäßig.“ sagte die Witwe, die die Hand auf Balthazars Herz gelegt hatte. „Regelmäßig?“ fragte Poiret überrascht. „Dem geht's gut.“ „Künnen Sie?“ fragte Poiret. „Je nun, er scheint zu schlafen. Sylvia hat einen Arzt. Sehen Sie nur, Fräulein Michonneau, er reagiert auf den Kether. Ach es ist nichts als ein Krampf. Sein Puls ist ruhig. Der ist stark wie ein Türke. Sehen Sie doch bloß, was er für ein Ding auf dem Magen hat; der Mann wird hundert Jahre alt werden. Seine Perücke sitzt aber ordentlich fest, das muß man schon sagen. Donnerwetter, sie ist sogar angeklebt, er trägt solches Haar, wohl weil er rotthaarig ist. Man sagt, die Roten seien ganz gut oder ganz böse! Der wäre also gut?“ „Gut zum Auffhängen!“ sagte Poiret. „Sie meinen, am Hals einer hübschen Frau.“ rief die Michonneau lebhaft. „Machen Sie sich doch aus dem Staube, Herr Poiret. Krankenflege ist Frauensache. Damit Sie übrigens zu etwas sein können, können Sie spazieren gehen.“ sagte sie hinzu. „Frau Raouquin und ich werden den lieben Herrn Balthazar schon betreuen.“

(Fortsetzung folgt.)

Vater Goriot.

51

Von Honoré de Balzac.

„Armer junger Mann!“ rief Balthazar. „Wie kann man auch in Streit geraten, wenn man eine Route von dreißigtausend Franken hat? Die Jugend weiß nicht mehr, wie sie sich benehmen soll.“

„Herr Balthazar!“ rief Eugen empört.

„Was denn, Sie großes Kind?“ sagte Balthazar und trank seinen Kaffee ruhig weiter. Die Michonneau verfolgte diesen Vorgang mit viel Aufmerksamkeit, um an dem neuen Ereignis, das die ganze Tafelrunde in Aufregung versetzte, Anteil zu nehmen.

„Gibt es nicht täglich Duellen in Paris?“

„Ich begleite dich, Victorine.“ sagte Frau Couture.

Die beiden Frauen eilten ohne Hut und Schal. Victorine warf, ehe sie ging, Eugen aus tränenerfüllten Augen einen Blick zu, in dem zu lesen war: Ich hätte nicht geglaubt, daß unser Glück mich Tränen kosten würde.

„Sind Sie Prophet, Herr Balthazar?“ fragte Frau Raouquin.

„Ich bin alles.“ sagte Jacques Collin.

„Ist das seltsam!“ fuhr Frau Raouquin fort und knüpfte eine Folge gleichgültiger Phrasen an dies Ereignis: „Der Tod kommt, ohne uns zu fragen. Die Jungen gehen oft vor den Alten. Wie glücklich sind wir Frauen, daß wir dem Duell nicht ausgesetzt sind, aber uns drohen Leiden, die die Männer nicht haben. Wir sehen Kinder in die Welt, und die Wehen der Mütter währen lange. Aber die Victorine hat ein Glück! Jetzt muß ihr Vater sie anerkennen.“

„Da!“ sagte Balthazar mit einem Blick auf

Eugen, „gestern hatte sie keinen roten Heller, heute ist sie mehrfache Millionärin.“ „Hören Sie, Herr Eugen.“ rief Frau Raouquin, „Sie haben eine glückliche Hand.“ Bei diesen Worten sah Vater Goriot den Studenten an und sah den zerknüttelten Brief in seiner Hand.

„Sie haben den Brief nicht zu Ende gelesen! was bedeutet das? Sollten Sie so sein wie die anderen?“ fragte er.

„Ich werde Fräulein Victorine niemals heiraten.“ sagte Eugen zu Frau Raouquin. In seiner Stimme lag soviel Entsetzen und Abscheu, Vater Goriot ergriff die Hand des Studenten und drückte sie warm. Am liebsten hätte er sie geküßt.

„Oh! Oh!“ sagte Balthazar. „Die Italiener haben ein gutes Wort: col tempo.“

„Ich warte auf Antwort.“ sagte der Vater von Frau Raouquin zu Kallignac.

„Zogen Sie, daß ich kommen werde.“ Der Diener ging. Eugen war in einer so fürchterlichen Aufregung, daß er aller Vorsicht vergaß.

„Was nun?“ sagte er laut zu sich selbst sprechend.

„Es gibt keine Beweise!“ Balthazar lächelte. In diesem Augenblick begann das Gift zu wirken. Aber der Strahlung war so stark, daß er aufstand, Kallignac ansah und mit hohler Stimme sagte: „Armer Mann, den Zeinen gibt's der Herr im Schlaf.“ Und er fiel wie tot hin.

„Es gibt eine göttliche Gerechtigkeit!“ sagte Eugen.

„Am Gottes willen, was ist denn mit dem lieben Herrn Balthazar los?“

„Ein Schlaganfall.“ schrie Fräulein Michonneau.

„Sylvio, geh, lauf, hol den Arzt.“ sagte die Witwe.

„Sylvio, geh, lauf, hol den Arzt.“ sagte die Witwe.

Ausfuhr polnischer Textilien nach Russland. In Warschau ist von französischen Finanzleuten und der Lodzer Handelsbank eine Gesellschaft für den Handel mit Russland gebildet worden...

Devisenkurze.

Table with exchange rates for Prague, Berlin, and Vienna. Columns include location and rate.

Prager Kurze am 30. November.

Table with market prices for various goods like flour, oil, and sugar. Columns include item name and price.

Kunst und Wissen.

Zur Eröffnung der Kleinen Bühne.

Das Prager Publikum wird in angenehmer Weise überrascht sein, wenn es heute abends die Räume der Kleinen Bühne betreten wird. Schon die Fassade, die an den Stil Weimars und anderen kleinen deutschen Bühnen erinnert...

Repertoire verspricht diese Annahme zu unterstützen. Mörders Lustspiele mit Romanotz, Strindbergs Wetterleuchten und Traumspiel etc. sollen hier aufgeführt werden.

Heute Eröffnung der „Kleinen Bühne“.

Nach mehrmonatiger Pause, die durch den durchgeführten Umbau in Anspruch genommen war, wird heute die Kleine Bühne im Drei-Reiter-Pause wieder eröffnet werden.

Folsching. (Spiel von Molnar.) Das die Wiener Molnar nach Prag importieren, ist höchst überfällig. Man hat schon hier mehr als genug von seinen Erzeugnissen zu hören bekommen.

Die Besetzung der Kleinen Bühne. Heute Sonntag die Oskar Strauß-Operette „Der letzte Walzer“ und morgen Sonntag „Madame Pompadour“.

Aktionsprogramm der Kleinen Bühne. In der Kleinen Bühne, die heute mit Kogebus Lustspiel „Die deutschen Kleinstädter“ wiedereröffnet wird...

In Szene: „Wetterleuchten“ von August Strindberg, „Der eingebildete Kranke“ und „Die Gezeiten von Molire“.

Aus der Partei.

Jugendbewegung. Sozialistische Jugendorganisation Prag. Dienstag, den 4. Dezember, 8 Uhr abends findet im Vereinsheim deutscher Arbeiter Prag II, Smekly 27, unsere Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung statt...

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Heute, 8 Uhr, Karolinum, Vortrag des Gen. Subalauer „Geschichte der Familie und Ehe“.

Turnen und Sport.

Die Beförderung von Wintersportgeräten auf der Eisenbahn. Das deutschgeschriebene Regierungsblatt meldet: Es ist gestattet, Skier und Handschlitzen für eine oder zwei Personen in jene Abteile der Personenwagen mitzunehmen...

Paar Stk 20 K. für einen Schlitten höchstens 30 K. Für Ueberführung der Lieferung bei Beförderung von Eis und Schlitten als Reisegepäck wird nicht geholfen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

An unsere Kunden! Wir haben festgestellt, daß kürzlich von einer Abteilung einige hundert Paar Schuhe ausgegeben wurden, deren Abfälle ungenügend befestigt waren...

Bata.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Czoch. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei Prag.

Advertisement for Bata shoes and Kremelida cream. Includes a circular logo with the letters 'E' and 'D' and the text 'Creme ELIDA'.

Advertisement for Ceekanne tea. Features a portrait of a man and the text 'EIN JUNG-BRUNNEN ist der aromatische, gehaltvolle MARKE CEERANNE'.

Advertisement for Ludw. Fischer, Teplitz-Schönau. Text: 'Fabrik mediz. Verbandstoffe Ludw. Fischer Teplitz-Schönau 1086'.

Advertisement for Böhmisches Union-Bank. Text: 'BÖHMISCHE UNION-BANK Eingezahltes - Aktienkapital 160.000.000 Ks.'.

Advertisement for 'Kaufet nur gute Waren!'. Text: 'Damaske, Kanafase, Zestre, Chiffone, Weben, Handtücher, Glaserlächer, Tischentwäcker etc.'.

Advertisement for Bigo shoes. Text: 'Herrenhandschuhe la. Kappa mit Futter Ks 39.— ohne Futter „ 28.— Trilots gerauht „ 8.—'.

Advertisement for Umsonst. Text: 'Umsonst erhalten Sie mit Benutzung dieses Blattes franko zugesandt die neueste Preisliste der Fa. NOVITAS G. M. PRAG'.

Advertisement for Ski-Kostüme nach Norweger Art. Text: 'Ski-Kostüme nach Norweger Art für Mädchen und Knaben'.

Advertisement for Kalla's Bratheringe. Text: 'Kalla's Bratheringe Fischkonserven, Backlinge. Zu beziehen durch die: Großverkaufsgesellschaft für Konsumvereine in PRAG II., Fögnerovo nám. 4.'.

Advertisement for Verbandstoff-Werke. Text: 'Verbandstoff-Werke Telefon Nr. 951/IV. Teplitz-Schönau Telefon Nr. 951/IV. liefern zu konkurrenzlos billigen Preisen sämtliche Verbandstoffe, Verbandswatten, chirurgische Gummiwaren und medizinische Pflaster.'.